

W o r t p r o t o k o l l

(redigierte Fassung)

der 10. Sitzung
(öffentlich)

der Enquete-Kommission

„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

am Montag, dem 23. Oktober 2000, Beginn 15.00 Uhr,

Plenarbereich Reichstagsgebäude, Raum 2 S 023,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Tagesordnung:

„Reform der internationalen Finanzmarktinstitutionen - Reformvorschläge und Verhandlungsstand“

Sachverständige:

1. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Gouverneurin der Weltbank
2. Caio K. Koch-Weser, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
3. Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main
4. Prof. Dr. jur. Mario Giovanoli, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, Mitglied des General Counsel

Vorsitzender: Frau Ministerin, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Kommission, meine Damen und Herren. Wir haben heute zum ersten Mal eine öffentliche Sitzung der Bundestags-Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, hochkarätige Persönlichkeiten zur Beantwortung von einigen Fragen hierher zu bekommen. Wir haben eine Reihe von schriftlichen Fragen vorbereitet. Bevor wir nun aber in der inhaltlichen Arbeit fortfahren, muss ich herzlich darum bitten, dass die Fotografen und Fotografinnen unseren gastlichen Rahmen wieder verlassen. Wir kommen dann zur Sitzung. Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute hier Frau Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Gouverneurin der Weltbank, Herrn Staatssekretär Caio Koch-Weser vom Bundesministerium der Finanzen, Herrn Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, und Herrn Prof. Mario Giovanoli von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Mitglied dort des General Council begrüßen können. Ich denke, es ist so abgesprochen, dass wir in der soeben verlesenen Reihenfolge vorgehen und das würde heißen, dass Frau Ministerin Wieczorek-Zeul als erste gebeten wird. Ich bitte Sie, Frau Ministerin.

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: Vielen Dank Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sachverständige. Ich möchte zu Beginn noch einmal darauf hinweisen: Wir haben ja die letzten Bilder von den Tagungen in Prag und den Begleiterscheinungen der Demonstration vor uns. Ich denke, dass jedenfalls ein Teil der friedlichen Demonstrationen ein ernstzunehmender Ausdruck von Unsicherheit angesichts der als unkontrollierbar und als von vielen negativ empfundenen Globalisierung sind, und das Gefühl dieser Unsicherheit wird auf Institutionen, die im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Globalisierung eine Rolle spielen, dann auch übertragen. Ich möchte an der Stelle, sie haben ja auch rückgefragt bei den Fragen des Verhältnisses zu den Nichtregierungsorganisationen, ich möchte an der Stelle aber auch ganz eindeutig sagen, dass ich finde, dass es nicht verantwortbar ist, gewalttätige Auseinandersetzungen ohnehin nicht, aber dass es auch nicht verantwortbar ist, wenn der Eindruck erweckt wird von dem einen oder anderen aus dem Demonstrationsbereich, dass die Weltbank keine Veränderungen vollzogen habe. Manche Signale, die man da gehört hat, erwecken den Eindruck, dass sich in 20 Jahren keine Veränderung vollzogen hätte. Das ist erstens sachlich falsch und ich

finde die, die das auch anders wissen, auch die Nichtregierungsorganisationen, die im engen Zusammenhang mit der Weltbank stehen, sind aufgerufen, sehr deutlich da auch eine differenzierende Position deutlich zu machen. Aus der Tatsache, dass es die eben angesprochene Sorge gibt, resultiert für mich ein Regulierungsbedarf auf internationaler Ebene, was wir globale Strukturpolitik nennen. Denn subjektive Empfindungen der Menschen spüren, dass es ein politisches und ein institutionelles Defizit gibt, und es gibt im Übrigen objektiv Regulierungs- und Steuerungsbedarf etwa im Bereich der Stabilität der Finanzmärkte. Das ist das Thema, das sie auch schwerpunktmäßig bearbeiten, vor allen Dingen aber auch die Schaffung von Voraussetzungen dafür, dass Entwicklungsländer von der Globalisierung profitieren können und natürlich auch Maßnahmen im Bereich der Sicherung sozialer Normen, Umweltstandards oder auch in anderen Themenkomplexen, die mittlerweile eine internationale Verflechtung zeigen. Das alles führt dazu, dass mehr und mehr generelle Entwicklungs- und Armutsthematiken auf die internationale Agenda gesetzt werden und gesetzt werden müssen, dass mehr und mehr Entwicklungspolitik sich zu einer Querschnittsaufgabe entwickelt und dass deshalb die koordinierte multilaterale und globale Diskussion an Bedeutung gewinnt. Dies sehen Sie, wenn Sie die Tagesordnungen der letzten internationalen Tagungen ansehen, angefangen vom Okinawa-Gipfel bis zu anderen Veranstaltungen. Ich habe begonnen mit der Frage des Verhältnisses zu den Nichtregierungsorganisationen und möchte an der Stelle noch mal sagen, die Kritik einerseits von Demonstrierenden, die z.T. mit dem Stichwort aufgetreten sind, IWF und Weltbank auflösen, oder auch von – wie ich sie nennen möchte – Marktradikalen, die im US-Kongress den Meltzer-Report vorbereitet und zu verantworten haben, der unter dem Stichwort „IWF und Weltbank behindern die Marktkräfte“ argumentiert hat und faktisch natürlich eine absolute Schwächung der Weltbank zum Inhalt hat, bestätigen mich in der Mahnung, dass wir diese Institutionen umso mehr brauchen. Denn in globalen Zeiten brauchen wir globale internationale Organisationen, die Steuerung ermöglichen. Es kann also bei der Weltbank weder, wenn Sie mir den saloppen Begriff gestatten, Herr Vorsitzender, weder darum gehen, ein ganz neues Institut zu schaffen, noch kann es um die Auflösung gehen. Sondern es kann nur um die Reform gehen, um die weitere Stärkung dieser Institution, um ihre Fachlichkeit, um ihre Wirkung, in ihrer Fähigkeit zur Einbindung gesellschaftlicher Gruppen und auch natürlich um die Darstellung ihrer Arbeit und der Veränderung ihrer Arbeit. Wer sagt, Weltbank und IWF, also ich kann es jetzt bezogen

auf Weltbank nur sagen, auflösen, der zieht die falsche Schlussfolgerung. Das, was übrig bliebe, wäre dann, dass praktisch die internationalen Beziehungen noch mehr den angeblich so segensreich wirkenden alleinigen Marktkräften überlassen blieben, und das kann gerade in der Globalisierung, wo wir Steuerungsinstrumente notwendig haben, nicht die Schlussfolgerung sein.

Hat sich Armut weltweit verringert? Das ist ja im Grunde die zentrale Aufgabe, die der Weltbank gestellt ist, und an der wir messen können und müssen, wie sind die Aufgaben, die sie löst, und in welchem Umfang tut sie das. Zu Beginn noch mal: weltweit ist der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, d.h. unter 1 US-Dollar pro Tag verfügen, zwischen 1987 und 1999 von 29% auf 26% gesunken. Die absolute Zahl ist mit 1,2 Mrd. Menschen nahezu konstant geblieben, wobei insbesondere China, übrigens auch Vietnam, eine deutlich andere Entwicklung haben, denn es ist nämlich gelungen, die Armut in ihren Ländern deutlich zu reduzieren. Zugenommen hat die Armut aber vor allem in Ländern in Regionen wie Afrika, Südasien und auch in Lateinamerika. Übrigens einer der wichtigen Punkte, auf den wir dann noch kommen. Das ist jetzt der Punkt, den ich dann auch noch mal ansprechen möchte, warum wir der Meinung sind, dass es eben auch wichtig ist, dass die Weltbank auch in den Schwellenländern entsprechend tätig ist und tätig bleibt. Es kommt hinzu, dass sich das Verständnis von Armut natürlich auch verändert hat. Wenn Sie sich den letzten Weltentwicklungsbericht - „Attacking Poverty“ - ansehen, den die Weltbank vor wenigen Wochen vorgelegt hat, dann wird dort zu Recht darauf hingewiesen, dass Armut nicht nur ein wirtschaftliches Problem ist, sondern dass es auch den Zustand der Recht- und Machtlosigkeit bedeutet, also eine hochpolitische Dimension hat.

Was tut die Weltbank, um im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig zu werden? Lassen Sie mich das anhand einiger Zahlen verdeutlichen, aus denen dann eben auch ein Teil der Veränderungen deutlich werden. 1985 sind 46 Mrd. US-Dollar an offiziellen Entwicklungsgeldern in die Entwicklungsländer geflossen. Der Nettofluss an Weltbank-Ressourcen – IBRD und IDA zusammen – in die Entwicklungsländer betrug 10 Mrd. US-Dollar, und im gleichen Zeitraum sind an privaten Geldern rund 40 Mrd. US-Dollar geflossen, davon rund 14 Mrd. US-Dollar Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer. 1999 ist die offizielle Entwicklungszusammenarbeit bei 53 Mrd. US-Dollar. Weltbank hat wiederum netto rd. 10 Mrd. US-Dollar transferiert, die

privaten Flüsse sind gestiegen auf 227 rd. Mrd. US-Dollar, davon übrigens 180 Mrd. US-Dollar Direktinvestitionen.

Die Zahlen zeigen, dass die Weltbank gemessen an der ODA weltweit immer noch eine zentrale Rolle spielt. Die Zahlen zeigen aber auch, was manchmal vergessen wird, dass die Privatinvestitionen in sehr viel relevanterem Umfang gestiegen sind, dass im Verhältnis die ODA dabei an Bedeutung verloren hat, und hält man sich vor Augen, dass nur in wenigen Schwellenländern die Privatinvestitionen in bestimmten Sektoren getätigt werden, wird deutlich, dass die Weltbank in den meisten Entwicklungsländern und in den Schwellenländern insbesondere in den sozialen Bereichen ein unverzichtbarer Geber ist. Ich will an der Stelle auch darauf hinweisen, dass eben auch die Rolle der IFC im Rahmen der Weltbank insgesamt eine wichtige Rolle hat, vor allen Dingen bei der Mobilisierung von Privatkapital und auch bei der Verwirklichung von Rahmenbedingungen in den Partnerländern. Darüber hinaus will ich darauf hinweisen, dass die Weltbank eine ganz umfassende Sammlung und Ansammlung von entwicklungsrelevantem Wissen hat. Unser Interesse ist also, dass die Weltbank die ihr übertragene Aufgabe effektiv und effizient ausfüllt und vor allem dafür sorgt, dass praktisch dieses Wissen auch für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt wird.

Die Rolle der Bank in der Armutsbekämpfung – Wie kann Armut bekämpft werden? Welche Rolle spielt dabei die Weltbank?

Es besteht Konsens heute, dass Erfolge bei der Bekämpfung von Armut auf etwa drei Pfeilern beruhen. Einmal die eigene nationale Politik der Entwicklungsländer. Zweitens, die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dazu gehört Finanzmarktstabilität, dazu gehört die Frage der Schuldenreduzierung, dazu gehört aber auch der ganz große Komplex des Marktzugangs für Entwicklungsländer auf den Märkten der Industrieländer, und zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch - dritter Punkt - die effiziente Entwicklungszusammenarbeit. Die Weltbank ist einzige globale Entwicklungsorganisation, die sowohl bei der Unterstützung der nationalen Politikbereiche in den Entwicklungsländern wie auch bei den internationalen Rahmenbedingungen eine Rolle spielt. Und vor allem kann sie dazu beitragen, dass die Erfahrungen, die sie in den jeweiligen Ländern auch hat, in die Diskussion auf internationaler Ebene einbringt. Ich will auch darauf hinweisen, dass im Zeitalter der Frage Überwindung des digital divide die Weltbank zunehmend die Rolle einer „knowledge bank“ im globalen Umgang hat. Auch deshalb muss die Weltbank als global tätige Institution erhalten

bleiben und nicht - wie es etwa der Meltzer Bericht vorgeschlagen hat - sich aus Asien und Lateinamerika zurückziehen, denn es geht ja auch gerade darum, dass die weltweiten Informationen über Entwicklungsprozesse in die internationalen Beziehungen einfließen und nicht nur ein sehr begrenzter Informationsstand.

Welches Konzept verfolgt die Weltbank heute? Wie können die Grundannahmen zur Armutsbekämpfung umgesetzt werden und wo ist dann der entsprechend notwendige Reformbedarf?

Erstens: Die Bank konzentriert sich auf Armutsbekämpfung. Sie hat dabei die internationalen Development Goals, die bis zum Jahr 2015 festgesetzt sind. Sie sollen eingebettet werden in das Prinzip der „ownership“ und in einem „participativen“ Verfahren entwickelt werden. Ich will darauf hinweisen, was vielleicht nicht so stark öffentlich deutlich geworden ist. Im Rahmen der Entschuldungsinitiative ist es uns gelungen, bei der Entwicklung dieses Konzepts der „Poverty Reduction Strategy“, also der Armutsbekämpfungsstrategie, dafür zu sorgen, dass alle Länder, die von den IDA-Konditionen und entsprechenden Mitteln profitieren können, eben solche Armutsbekämpfungsstrategien entwickeln müssen, d.h. über den Bereich der 36 Entwicklungsländer hinaus, die am ärmsten und hochverschuldetsten sind, sind es insgesamt dann 80 Länder, also ein ganz wichtiger Ansatz, um operativ überhaupt diese Armutsbekämpfungsstrategien auch in den Partnerländern zu verankern. Das Konzept im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten erweiterten Entschuldungsinitiative wird von uns ausdrücklich unterstützt. Was der große Vorteil ist, dass wir – und zwar alle Geber - gleichzeitig in Zeiten der Verbesserung der Effizienz, bereit sind, in unserer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit diese Poverty Reduction Strategies auch für unsere Entwicklungszusammenarbeit als Referenzpunkt zu nehmen. Das ist eine unglaubliche Verbesserung für die Entwicklungsländer, die sich dann nicht tausenderlei unterschiedlicher Möglichkeiten und Verfahrensweisen der Geberländer stellen müssen, also ein ganz wichtiger Punkt.

Ich möchte ganz kurz die HIPC-Initiative ansprechen, die deutlich macht, dass hier ein erster wichtiger Schritt hin zu einer Politik verwirklicht worden ist, die im globalen Interesse nationaler Politiken die Veränderung internationaler Rahmenbedingungen, nämlich den Schuldendienst und effektive Entwicklungszusammenarbeit verbindet. Es geht dabei auch darum, dass in dem Land selbst die Nichtregierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft der Diskussionspartner sein muss bei der Erarbeitung der Armutsbekämpfungsstrategie, und es geht zweitens darum, auch bei der Erstellung

der Programme die Rolle von Weltbank und IWF an dieser Stelle miteinander zu verknüpfen. Deshalb haben wir es ausdrücklich für sehr gut gehalten, dass vor allem auch der neue Direktor, Horst Köhler, deutlich gemacht hat, dass der IWF in diesem Bereich der Armutsbekämpfung entsprechend verankert bleiben will. Denn es geht eigentlich um die Überwindung folgender Spaltung, die es hier eigentlich bisher gegeben hat, dass die einen den Bereich makroökonomischer Politik einerseits machen, die anderen die entwicklungspolitischen Aufgaben wahrnehmen, aber dass die Verschränkung zwischen beiden Ansätzen in dem Maße überhaupt nicht verwirklicht worden ist, mit teilweise katastrophalen Konsequenzen für die Entwicklungsländer. Zweitens: Weltbank-Ressourcen werden zusehends von der Leistung der Empfänger abhängig gemacht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der bisher vielleicht im Bewusstsein noch gar nicht so deutlich ist, und dazu gehören eine ganze Reihe von Indikatoren der so genannten guten Regierungsführung. Im Rahmen dieser IDA 12-Verhandlungen haben wir ein „performance based allocation system“ durchgesetzt. So erhalten Länder mit guter Performance im Durchschnitt pro Kopf fünfmal mehr Mittel zugeteilt als solche mit eher schlechter Performance. Ich habe in Prag bei der letzten Tagung darauf gedrängt, dass die Grundsätze leistungsabhängiger Ausleihungen auch für Länder mittleren Einkommens und für Transformationsländer eingeführt werden. Dazu wird das Weltbankmanagement auf der Frühjahrstagung im Jahr 2001 einen Bericht der Bank hierzu vorlegen und das auch entsprechend mit in die Diskussion geben. An der Stelle kommt eben der Punkt hinzu, wir möchten, dass die Weltbank (und das ist wirklich ein Reformbedarf, aber inhaltlicher Reformbedarf und diese Diskussion haben wir in Prag sehr ausführlich geführt) auch bei den middle-income-countries Einfluss nimmt, möglicherweise am besten nach dem Prinzip und dem Gedanken der Poverty Reduction Strategy, damit dort im Rahmen der Wirtschaftspolitik tatsächlich auch Armut bekämpft wird, denn ein Drittel aller Armen lebt in den Schwellenländern. Deshalb ist unser Ansatz, auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Orientierung bei der Ausleihepraxis der Weltbank berücksichtigt wird. Drittens: Ich habe vorhin gesagt, es hat eine erhebliche Veränderung auch der Weltbank gegeben, auch wenn eben manche Dinge sicher nicht bis zu dem letzten Weltbankrepräsentanten vor Ort gedrungen sind, obwohl man sagen muss, es hat diese Verlagerung vor Ort auch gegeben und die Berücksichtigung der ownership des Partnerlandes ist da, glaube ich, von großer Bedeutung. Ich habe mir das jetzt in Kambodscha angesehen. Dort ist zum ersten Mal überhaupt von der Weltbank der

Versuch gemacht worden, die Nichtregierungsorganisationen in den Beratungsprozess der Entschuldung und der Poverty Reduction Strategy einzubeziehen. Also ein ganz wichtiger Hebel und dieser Demokratisierungsansatz würde nie in Gang kommen, wenn es nicht auch diese Möglichkeit der Einflussnahme gibt.

Aus dem, was ich gesagt habe, ergibt sich eigentlich, wo aus unserer Sicht Handlungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten sind. Ich habe bereits angesprochen, dass es eine stärkere Fokussierung auf die Orientierung zugunsten der Armen bezogen auf die Länder mittleren Einkommens gibt. An der Stelle will ich auch noch einmal sagen, dass es eine sachliche Notwendigkeit gibt, dass die Weltbank in diesem Bereich entsprechend vertreten bleibt, denn der große Bedarf an weiteren strukturellen Reformen, die Bedeutung dieser Schwellenländer für globale Stabilität begründen, warum die Bank in diesen Ländern weiter tätig sein muss. Sie sollte aber eine deutlichere Fokussierung auf soziale und auch strukturelle Schlüsselprobleme in diesen Ländern haben. Einen wichtigen Punkt möchte ich noch ansprechen, weil er auch umstritten z.T. mit anderen Gebern ist. Wir haben ein Interesse an einer Stabilität und Entwicklung in den Ländern mittleren Einkommens und den Transformationsländern. Denn welches Instrument haben wir sonst, um Reformen im Sozialbereich oder der Umweltpolitik dieser Länder zu unterstützen? Deshalb bin ich auch gegen die von den USA gewünschte Erhöhung der Ausleihelikonditionen, also die Preiserhöhung der Bank in diesen Ländern. Diese Forderung beruht auf der falschen Hypothese, die Bank würde dort in Konkurrenz zum Privatsektor treten. Jeder, der Entwicklungszusammenarbeit kennt, weiß, dass ohne diese Initiative in wichtigen Bereichen – Aidsbekämpfung oder welche Felder auch immer oder auch im Bildungsbereich – ohne den entwicklungspolitischen Bezug ein Großteil von Entwicklung in diesen entsprechenden Ländern überhaupt nicht in Gang kommen würde. Dritter Punkt: Globale öffentliche Güter: Natürlich bleiben die Länderpolitiken das Kerngeschäft der Weltbank, wir haben aber in Prag eine ausführliche Diskussion über die Frage gehabt, dass es auch notwendig sei, in diesem Bereich weitere Finanzierungen zu überlegen. Wir haben ja z.B. 500 Mio. Dollar an IDA-Mitteln für die Bekämpfung von HIV z.B. auch gegeben. Aber eines ist auch klar, dass das, was dort kommt, nicht zulasten des anderen Engagement der Bank erfolgen darf. Dann bei den Kritikpunkten möchte ansprechen, Sie haben vielleicht verfolgt, dass wir beim Western China Poverty Project als eines der wenigen Länder dieses Projekt im Weltbank-Board abgelehnt haben, und es hat sich anschließend gezeigt, dass unsere

Position absolut richtig war. Es hat sich aber auch gezeigt, dass es Defizite bei der Einhaltung grundsätzlicher Schutzpolitiken der Bank selbst gibt, also sog. „safeguard policies“. Bankrichtlinien, z.B. zur Umsiedlung oder zur Umwelt sind missachtet worden oder nicht korrekt angewandt worden und ich habe deshalb auch gefordert, dass die Bank interne Maßnahmen trifft, um die Einhaltung dieser Vorschriften zu garantieren. Ich denke da an das, was wir eine compliance unit nennen, die jeweils vorab die Einhaltung der Vorschriften sicherstellt. Ein Punkt, den ich besonders bei der Frage Reform noch ansprechen will: Wir möchten auch, dass die Bank stärker noch als sie es ohnehin jetzt in ihrer Geschäftspolitik tut, die Frage der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation berücksichtigt. Sie ist bezogen auf keine Zwangsarbeit, keine Kinderarbeit, Nichtdiskriminierung bereits festgelegt in diesem Bereich. Bisher haben wir sie aber noch nicht überzeugen können, dass auch die Assoziationsfreiheit, d.h. freie Gewerkschaften, zu dieser Verankerung ebenfalls gehört, die vierte Kernarbeitsnorm. Unser Engagement geht da weiter, aber es trifft, wie Sie sich sicher vorstellen können, auf den Widerstand eines Teiles, insbesondere von Schwellenländern und von Entwicklungsländern, und da müssen wir noch Überzeugungsarbeit leisten. Wir werden sie um so mehr leisten können, je weniger die Europäer und die Industrieländer ihre Märkte schützen und damit deutlich machen, dass es bei diesen Kernarbeitsnormen nicht um protektionistische Maßnahmen, sondern um soziale Regeln in einer sozialen internationalen Marktwirtschaft geht. Letzter Punkt: Wir wollen auch, ich möchte darauf hinweisen, dass es mittlerweile zur Praxis anderer Geber gehört, sog. Funds in Trust zu machen, um damit innerhalb der Weltbank spezifische Themen voranbringen zu können und auch eigene Anliegen zu transportieren. Diese Möglichkeit ist angesichts unserer Haushaltssituation etwas eingeschränkt, aber ich denke, wir sollten solche Optionen auch mittelfristig von unserer Seite aus nutzen. Zum Beispiel arbeiten die niederländischen Kollegen fast nur mit einem solchen Instrument, und das gibt ein Maß an Einfluss, das man sich vielleicht hier bei uns noch schwer vorstellen kann. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich abschließen und generell sagen: Ich glaube, der Weg der Reform ist der richtige Weg. Wir haben versucht, in der Zeit der zwei Jahre wichtige Reformen anzustoßen, unser Einfluss innerhalb der Weltbank ist gewachsen, wir sind immer natürlich mit anderen Gebern in einem Dialog, und es kann auch mal Fälle geben, wo man zurück bleibt in einer solchen Entscheidung und nicht in der Mehrheit ist. Aber unsere Erfahrungen, z.B. in Bezug auf die Entschuldungsinitiative, haben uns außer-

ordentlich ermutigt, mit eigenen Initiativen voranzugehen und damit auch Veränderungsaktionen in einer internationalen globalen Gestaltung voranzubringen, so dass ich denke, dass wir da auf einem guten Wege sind, der aber eben auch in der Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen werden muss. Vielen Dank.

Vorsitzender: Sehr herzlichen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe mit großem Interesse, wie auch die Öffentlichkeit langsam ein neues Bild von der Weltbank speziell bekommt. Zur Weltbankfamilie zählt man meistens auch den Internationalen Währungsfonds, der aber nicht von deutscher Seite durch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern durch das Finanzministerium betreut wird. Ich freue mich besonders, dass Herr Staatssekretär Koch-Weser, der ja nun einschlägige Washingtoner Erfahrungen hat, zu uns gekommen ist, um über die Reform internationaler Finanzmarktinstitutionen - speziell zum Thema IWF - zu referieren. Ich denke, die beiden Themen gehören so eng zusammen, dass es vernünftig ist, die beiden Referate direkt aneinander zu ketten und danach erst eine auch wiederum nicht allzu lange Diskussion zu eröffnen. Herr Koch-Weser bitte.

Staatssekretär Caio K. Koch-Weser: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde mich in der Tat auf den IWF konzentrieren in meinen Ausführungen, der ja zu den Bretton-Woods-Geschwistern gehört. Die Weltwirtschaft hat sich natürlich in den 55 Jahren seit der Gründung des IWF fundamental verändert, und ich behaupte, dass wir eine weitere Beschleunigung des Wandels vor uns haben, die eigentlich in ihrem Ausmaß, und unter der Überschrift „Globalisierung“ versteckt sich ja vieles, den Ausmaßen, Dimensionen der industriellen Revolution der Vergangenheit gleichkommt. Und ich glaube darauf zu antworten erfordert nicht nur, Institutionen zu reformieren und dazu werde ich berichten, sondern auch überhaupt die Kapazität zu Antworten in Politikinstitutionen zu stärken, denn vieles wird sehr unerwartet und sehr schnell auf uns zukommen. Ich glaube auch, dass es neue Formen der internationalen Zusammenarbeit geben muss, die über Institutionen hinausgehen, z.B. globale Politiknetzwerke, in denen sowohl Konsensfindung als auch Partizipation besser und ergänzend gewährleistet ist. Es ist jetzt ein „Global Financial Market Place“ entstanden mit gewaltigem Potential und Chancen, aber - wie wir in der Asienkrise gesehen haben - auch mit großen Risiken und zuweilen sozialen Kosten. Die Aufgabe, das Ziel der Bundesregierung bleibt es, in diesem Lichte dieser Entwicklung für stabil

und nachhaltig funktionierende Finanzmärkte als Motor für Wachstum und Beschäftigung einzutreten und hier kommt natürlich eine zentrale Rolle dem IWF zu. Die Globalisierung nicht nur in der jetzigen Phase der Reform, über die ich berichten werde, sondern auch in der zweiten, späteren Phase der Reform voll mit einzubeziehen, wird, glaube ich, für Horst Köhler und den Währungsfonds auch über Prag hinaus eine ganz wichtige zielsetzende Aufgabe bleiben. Aber es war sicher ein Meilenstein, was Horst Köhler bei der Jahrestagung in Prag als Vision des neuen geschäftsführenden Direktors vorgetragen hat, und dies hat unsere volle Unterstützung. Aber entscheidend wird hier wie auch in vielen anderen Bereichen natürlich die Umsetzung sein, denn wenn man mich fragen würde, was hat sich in den letzten drei/vier Jahren geändert, würden wir besser ausgerüstet sein, einer neuen Krise zu begegnen, dann wäre meine Antwort ja, aber ein eingeschränktes ja. Denn es gibt zweifellos Reformlücken (und ich komme darauf zurück) und es gibt vor allem gerade in Zeiten, in denen es wieder besser läuft, die Notwendigkeit, immer wieder auf Umsetzung zu pochen, und da steht es nicht immer nur gut. Lassen Sie mich dies konkret machen, indem ich ganz kurz 10 Punkte zu den notwendigen Reformen und auch den Reformfortschritten des IWF vortrage. Erstens, und das fügt sich in das ein, was die Ministerin schon gesagt hat, wir müssen den universellen Charakter des IWF bewahren, und hier gab es ja viele andere Stimmen. Das heißt sowohl wirtschaftlicher Ratgeber wie Kreditgeber zu sein, d.h. in allen Mitgliedsländern tätig zu sein, d.h. bei allen makroökonomischen Problemen sowie makroökonomisch relevanten Strukturproblemen sowohl kurz- als auch mittelfristige Kredite zur Überwindung vorübergehender Finanzprobleme zur Verfügung zu stellen und gerade auch in den Transformationsländern Strukturreformen voranzustoßen. Ich glaube, hier ist man sich einig, hier haben wir auch viel als Europäer eingebracht in die Diskussion „universeller Charakter des IWF“. Zweitens: Das erfordert aber gleichzeitig eine noch klarere Aufgabenteilung und eine noch engere Zusammenarbeit mit der Weltbank. Zu den ärmsten Ländern brauche ich hier nicht noch einmal aufzuführen, das ist eben schon geschehen, gerade was die Armutsfazilität angeht, aber der Währungsfonds muss auch in diesen Ländern - den ärmsten Ländern – auf einen stabilen wirtschaftspolitischen Rahmen achten, um die zentrale Voraussetzung für die Tätigkeit der Weltbank und vieler anderer zu schaffen. Das heißt aber auch, dass man sich noch viel klarer Prioritäten setzen muss, um die Aufgabenteilung sicherzustellen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie schwer das oft ist, gerade weil wir ja gelernt haben, dass es ja ein Spektrum

und ein Kontinuum guter Politik gibt, die von dem makroökonomischen Rahmen auf der einen Seite über Strukturpolitik zur Sozialpolitik und zu good governance führt. Und dieses Kontinuum, dieses Ineinandergreifen, darf nicht wieder verloren gehen. Dieses Spektrum gemeinsam abzudecken, erfordert auch für meine Begriffe eine neue Symmetrie der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und Währungsfonds, wo man Finanzhilfe, technische Expertise und Konditionalität in vielen Fällen auch anders - und ich spreche von Symmetrie nicht nur in eine Richtung von einer Institution zur anderen - definiert. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Aufgabe für Köhler und Wolfensohn, der sie sich aber bereits stellen in einer ganzen Reihe von Initiativen, die in jüngster Vergangenheit beschlossen worden. Lassen Sie mich hier zu HIPC nichts sagen, Frau Ministerin hat darüber schon gesprochen.

Dritter Punkt: Der Schwerpunkt muss künftig noch mehr als in der Vergangenheit auf Krisenprävention, Krisenvorbeugung liegen und die Überwachungstätigkeit des Fonds sich auf Vermeidung von Finanzkrisen konzentrieren. Dies erfordert insgesamt und hier sind durchaus die Lehren aus der Asienkrise gezogen worden, einen sehr viel besserer Daten- und Informationsfluss von Mitgliedsländern zu Märkten und zum IWF und außerdem eine stärkere Fokussierung der Analyse- und Beratungstätigkeit des IWF auf diese Krisenprävention. Was sind diese Fortschritte gewesen? Die Wechselkurspolitik eines Landes wird sehr viel tiefergehender analysiert. Fragen der Stabilität des Finanzsektors, ja ein ganz schwacher Punkt während der Asienkrise, sowie Entwicklung der Kapitalbilanz sind in die wirtschaftspolitische Überwachung integriert worden. Die Analyse von potenziellen Krisenfaktoren – Verschuldungsstruktur, auch des privaten Sektors der Unternehmen, Wechselkursentwicklung – wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt, und als neue Projekte sind Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und der Verantwortlichkeit des IWF und seiner Mitglieder durchgesetzt worden, z.B. Veröffentlichung von Artikel IV - Konsultationsberichten, auch hier in Deutschland, wo wir ja zugestimmt haben. Die Entwicklung und Verbreitung international anerkannter Standards, ich komme darauf noch einmal zurück, und auch umfassender die Oberaufsicht über die Entwicklung, Erstellung und Befolgung von Standards in Bereichen, in denen der IWF nicht direkt ausführend ist, in dem Rahmen der Transparenzberichte und der Beurteilung der Stabilität des Finanzsektors. Diese sind alle, glaube ich, auf gutem Wege, aber erfordern noch die volle Durchsetzung. Wir werden uns sicher unterhalten müssen, wie im Lichte von Resultaten dieser Pilotprojekte dies noch stärker in die eigentliche Arbeit des Sur-

veillance-Prozesses integriert werden kann und die Überwachungsfunktion weiter gestärkt werden kann. Ich glaube, man muss so viel Öffentlichkeit wie nur möglich herstellen, gleichzeitig sich aber bewusst sein, dass Öffentlichkeit immer gewisse Kosten mit sich bringt, wenn nicht richtig gemanagt wird, was z.B. den Inhalt und das Vertrauen, das Länder auch in bestimmten Phasen dem Währungsfonds gegenüber zeigen. Hierzu gehört auch, dass in guten Zeiten die Einbeziehung des Privatsektors schon stattfinden muss, nicht erst wenn die Krise da ist. Wir begrüßen hier sehr, dass man anknüpft an die guten Erfahrungen, wie Länder Mexiko, Argentinien, Süd-Afrika mit Kreditorenkomitees und anderen Dingen geschöpft haben, wie das nun breiter in die IWF-Arbeit eingeht.

Vierter Punkt: Damit komme ich zum Privatsektor und das ist sicher eine Reformlücke aus deutscher und auch europäischer Sicht. Wir können natürlich, das Thema ist ja bekannt, nicht davon ausgehen, dass immer nur vom Fonds erwartet wird, dass er übermäßig hohe eigene Krisenmittel zur Verfügung stellt und die privaten Gläubiger damit aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Der Grundsatz muss sein, und hier gibt es noch keine internationale Einigkeit, dass zur Krisenbewältigung der Privatsektor prinzipiell einzubeziehen ist. Eine Fortsetzung der Politik der großen Krisenpakete würde zu falschen Anreizen (der berühmte moral hazard) führen und damit eine suboptimale Allokation der Ressourcen fördern. Zudem würden viele andere Auswirkungen da sein, wie nicht durchhaltbare Wechselkurse und so fort. Wir haben ja seit dem Kölner Gipfel uns hier eingesetzt, wir haben immerhin auf der allgemeinen Ebene von „Operational Guidelines“ hier wichtige Prinzipien entwickelt, die sind bereits konsensfähig. Aber die alle dienen dazu, bei einer nicht mittelfristig tragfähigen Zahlungsbilanzsituation eine Umschuldung oder einen Schuldenerlass auch möglich zu machen bei Solvenzkrise. Aber wir sind bei Liquiditätskrisen und der Unterscheidung zwischen Solvenz- und Liquiditätskrisen nicht weiter. Es führt auch nicht in die richtige Richtung, denn diese Unterscheidung kann man ex ante oft nicht fällen, deshalb unser Prinzip, immer einzubinden und nicht case by case im Einzelfall, wie die Amerikaner das sehen, zu prüfen. Dies ist ein komplexes Thema; meiner Einschätzung nach kommen wir erst nach den amerikanischen Wahlen hier weiter. Wir arbeiten daran auch gerade zusammen mit der Bundesbank hier und haben eine gewisse Führungsposition übernommen, wobei man jetzt sagen kann, dass die europäische Position sehr viel stärker auch unsere Position reflektiert und wir am gleichen Strang ziehen.

Fünfter Punkt: Reform der Kreditfazilitäten. Hier ist es ja vor Prag zu einer Einigkeit gekommen, ein früher Erfolg auch für Horst Köhler, dass man künftig durch Einführung vorzeitiger Rückzahlungserwartungen eine übermäßig lange Inanspruchnahme von IWF-Krediten begrenzt, Gebührenaufschläge hat in Abhängigkeit von der Höhe der ausstehenden Kredite und so fort. Wir haben uns auf die Fortsetzung einer Eventual-Kreditlinie geeinigt, eine größere Automatik, eine Absenkung der Bereitstellungs- und Gebührenaufschläge, aber - aus unserer Sicht ganz wichtig - eine regelmäßige scharfe Überprüfung der Konditionen und Exits, d. h. nicht mehr Zugang zu dieser Eventualkreditlinie, wenn diese Kriterien nicht mehr zutreffen. Wie gesagt, zu dem besteht hier auch ein gewisser Zusammenhang, auf den ich jetzt nicht näher eingehen kann zwischen Kreditfazilitäten und Einbindung des Privatsektors, auf die wir zurückkommen werden müssen, wenn wir bei der Privatsektoreinbindung weiter sind.

Sechstens: Überprüfung der Auflagenpolitik des IWF. Horst Köhler hat für meine Begriffe sehr richtig angeschnitten, dass weniger häufig mehr ist, d.h. auch hier muss man verschlanken, man muss sich auf die zentralen Themen konzentrieren, man muss Strukturreformauflagen der Weltbank stärker ins Spiel bringen und anders spielen, man kann kein Mikromanagement dieser Länder betreiben, eine zu detaillierte Konditionalität kann geradezu im Widerspruch zur „ownership“ stehen, und je mehr ein Land hinter seinem Programm steht, desto weniger Kontrolle ist natürlich erforderlich. Das ist auch psychologisch gerade in den emerging markets und natürlich auch bei den ärmsten Ländern ein immer zentraleres Thema. Ich glaube, Horst Köhler hat von seinen vielen anfänglichen Reisen hier die richtige message mit nach Hause gebracht, und ich muss sagen, auch gerade im G7-Kreis müssen wir uns dafür einsetzen, wo oft auch bei Kollegen in anderen Ländern noch sehr andere Vorstellungen zur Konditionalität bestehen.

Siebtens: Einrichtung einer „Capital Markets Consultative Group“.

Um das Verständnis des IWF in Fragen der Entwicklung der Finanzmärkte, ein äußerst komplexes Thema, und der Identifikation von Krisenanfälligkeiten zu verbessern, hat der IWF jüngst eine „Capital Markets Consultative Group“ eingerichtet. Vertreter des IWF-Managements und des Finanzsektors nehmen teil, und ich erwarte mir hier durchaus, dass ein solch engerer Dialog zwischen Finanzmarktakteuren und den internationalen Institutionen, insbesondere dem IWF, nützlich sein wird. Wir werden sehen, wie dies funktioniert. Das geht gerade auch auf Forderung der deutschen

Seite, des deutschen Privatsektors, der deutschen Banken zurück und wir sollten auch auf Länderebene zunehmend und vielleicht auch bilateral in unseren eigenen Reihen solche Länderdiskussionen mit dem Privatsektor führen. Die Bundesbank und die Regierung wollen hier zusammen initiativ werden.

Achter Punkt: Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen und Erfolgskontrolle beim IWF selbst. Missbrauch der Mittel des IWF, Thema Russland, Ukraine, andere Länder, ist ja durchaus ein ganz wichtiges. Ich glaube, hier sind wir ein ganzes Stück weitergekommen, was die Prüfung der Inanspruchnahme von IWF-Krediten nach international anerkannten Standards, Jahresabschlüsse und eine Reihe weiterer relevanter Informationen anbelangt. Es muss natürlich auch um Sanktionen gehen, in Falle der Übermittlung falscher Informationen und des Missbrauchs dieser Mittel, und der IWF selbst muss sich einer stärkeren Evaluierung stellen, hat es in der Vergangenheit weniger als die Weltbank getan und hat nun ein unabhängiges Evaluation Office eingerichtet.

Neunter Punkt: Die Rolle der Zusammenarbeit mit anderen, lassen Sie mich nur ein Wort zum Finanzmarktstabilitätsforum sagen, das ja auf deutsche Initiative auch durch den Einsatz von Herrn Tietmeyer damals zustande gekommen ist. Hier sitzen ja nun Finanzminister, Notenbank-Gouverneursvertreter und die Aufseher, die Regulatoren sozusagen, zusammen, G7 und andere wichtige Finanzplätze. Aus meiner Erfahrung muss ich sagen, dies ist ein äußerst nützliches Forum, weil hier sehr inhaltlich und sehr konkret diskutiert wird und auch bereits erste Fortschritte erzielt wurden. Ich will erwähnen die Einhaltung von Kodizes und Standards, auch in den sog. Offshore-Finanzzentren, wo der IWF eine Überwachungsrolle auch einnehmen wird, da hier z.T. erhebliche Überwachungslücken bestehen. Daher haben wir auch auf eine Veröffentlichung der Liste der Offshore-Finanzzentren zusammen mit Frankreich bestanden und das gegen einigen Widerstand anderer durchgesetzt. Als Fußnote ist hier zu sagen, diese Veröffentlichungspolitik hat inzwischen gute Schule gemacht, denn auch im OECD-Rahmen zu Steueroasen, im OECD-Rahmen zur Geldwäsche hat man nun veröffentlicht. Ich kann Ihnen sagen, die Schlange derer, die nun Minister sehen wollen, um herauszufinden wie sie von dieser Liste wieder runterkommen, ist gewaltig gewachsen. Wir werden nicht Rating-Agentur spielen und je nach Monat Performance rauf oder runter setzen, sondern hier wollen wir erst mal einen ganzen Zeitraum, ein Jahr mindestens, Besserung sehen, bevor hier diese Liste wieder überprüft wird. Weiteres Thema: die sog. Hedge-Fonds, die mit relativ ge-

ringem Eigenkapitaleinsatz und hohem Fremdmittelanteil arbeiten. Auch diese werden künftig stärker in die laufende Überwachungstätigkeit mit einbezogen, wobei wir uns auch wiederum mit unseren französischen Partnern und anderen zusammen dafür einsetzen, eine direkte Regulierung dieser Hedge-Fonds einzuführen, wenn die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichend greifen. Amerikanischer Widerstand auch hier. Und schließlich gibt es die Aktion in diesem Finanzforum, wie man Marktanreize bei der Einhaltung international vereinbarter Kodizes und Standards stärken kann. Es gibt eine Arbeitsgruppe unter deutscher Leitung, und ich bin sehr der Überzeugung, dass man über sozusagen offizielle Anreize - der IWF gibt dann Mittel oder nicht - auch Marktanreize über die Transparenz bei den Banken einführen muss. Und wenn Länder diese Kodizes und Standards nicht einführen und sie mögen ja gute Gründe haben, dann soll zumindest die Tatsache der Nichteinführung allen Akteuren bekannt sein, so dass sie in die Risikoanalyse und andere Bewertung eingehen kann.

Letzter und zehnter Punkt: Herr Vorsitzender, ein Wort zur G20. Wir werden morgen die 2. Sitzung auf Ministerebene dieses neuen Forums in Kanada haben. Für meine Begriffe ist es sehr wichtig, dass man für den Erfolg der Reform und viele andere Zwecke, dass man Schwellenländer in die internationale Reformdebatte von Anfang an sehr viel früher, auch informeller und auch in anderen Foren einbindet. Das ist nicht ein Verdrängen der IWF-Gremien, ganz im Gegenteil – es ist komplementär und stärkend. Und vor diesem Hintergrund wurde ja während der deutschen G7-Präsidentschaft im vergangenen Jahr die G20 als ein solch informelles Dialogforum der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Industrie- und Schwellenländer geschaffen. Ich kann Ihnen sagen, dass diese Schwellenländer und neben der G7 sind die großen alle dabei, aus allen Kontinenten, z.B. die Russen, die Chinesen, die Inder, die Südkoreaner, die Indonesier, die Saudis, die Argentinier, Brasilianer, Mexikaner, Südafrika ganz wichtig, auch für Afrika, dass die Gouverneure und Minister dieser Länder dieses Forum für äußerst nützlich halten. Dieses Forum bietet die Chance, internationalen Reformkonsens auf der einen Seite zu stärken, aber dann auch bei der berühmten Umsetzung durch Beispiel zu führen, voranzugehen. Das „leading by example“ ist für diese Gruppe ganz wichtig, und man sollte bei dieser Gruppe, die ja alle systemsignifikanten Länder umfasst, auch davon ausgehen, dass mit der Systemsignifikanz Verantwortung für Führung ausgeht. Ich hoffe, dass wir hier in Montreal, wo übrigens der Vorsitzende Paul Martin auch das breitere Thema

Globalisierung, das Ineinandergreifen von Finanzreformen und Handelsfragen z.B. anschnitten wird, nicht auch hier vor hat, anderen Institutionen oder Ministern Arbeit wegzunehmen, sondern einfach die Interdependenz stärker zum Ausdruck zu bringen, dass dies zu einem sehr nützlichen Dialog gerade der Schwellenländerminister mit den Finanzministern der G7 führt. Lassen Sie mich zum Schluss sagen, dass ich hoffe oder davon ausgehe, dass wir auch als G7 dem Management des Währungsfonds und anderen mehr Managementspielraum und auch die nötige Zeit natürlich geben, um das Mandat des IWF auf diese neuen Umstände und Zeichen der Globalisierung einzustellen und gute Zusammenarbeit mit der Weltbank, auch regionalen Entwicklungsbanken und anderen Institutionen erwarten. Ich glaube wir müssen auch zunehmend davon ausgehen, dass wir nicht nur als Deutschland, sondern als Europäer gemeinsam unsere Repräsentanz in diesen Institutionen überdenken müssen. Es geht meiner Ansicht nach darum, über die bereits bestehende Abstimmung und das wird jetzt in den europäischen Fora, z.B. des WFA und anderen auch sehr viel systematischer gemacht, uns zu überlegen, wo geht mittel- und langfristig die Reise hin für Europa in seiner Repräsentanz in diesem internationalen Rahmen und Institutionen. Wir müssen uns hier nicht darauf einlassen, dass Quoten radikal verschoben oder umgeschichtet werden, denn gerade beim Währungsfond geht es ja um das Gewicht in der Weltwirtschaft, das sind große Zahlen in der Krise, die hier auf den Tisch gelegt werden müssen. Es kann nicht nach anderen Kriterien als Gewicht in der Weltwirtschaft gehen, aber wie man repräsentiert ist und wie auch diese Länder repräsentiert sind, geht ja über die Quotenfrage hinaus. Und hier vielleicht eine persönliche Meinung: Ich glaube, wir müssen hier ein langfristiges Ziel setzen und ich betone: langfristig, wo eventuell Europa auch mal mit einer Stimme und einem Sitz spricht. Aber in der viel wichtigeren Frage der Übergangsstrategie über die nächsten Jahre und Jahrzehnte müssen wir im Auge haben, dass wir als Europa uns nicht auseinanderdividieren lassen dürfen von anderen, sondern stetig an Einfluss, konstruktivem Einfluss gewinnen sollten. Das könnte auch mit beinhalten, dass man die Wahlgruppen, die ja bei den kleinen Ländern bestehen, zunehmend auf den europäischen Rahmen zuschneidet, keine radikalere Form, aber neues Zuschneiden, wo sowohl die jetzigen Mitglieder der Europäischen Union als auch die künftigen als auch die, die vielleicht in einem dritten konzentrischen Kreis sind, gemeinsam ihre Verantwortung für die sich globalisierende Weltwirtschaft wahrnehmen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Ganz herzlichen Dank, Herr Staatssekretär Koch-Weser. Ich stelle mir jetzt die neugierige Frage, ob z.B. nach einem Jahr Köhler der Meltzer-Report immer noch so geschrieben worden wäre. Also ich bemerke doch eine ganz beachtliche Dynamik, auch bei der Weltbank ohnehin. Nun stelle ich diese beiden Berichte zur Diskussion. Es hatte sich zunächst gemeldet Herr Dr. Baumann und dann Prof. Huffschild, dann Prof. Altvater, Herr Dr. Brühl, Herr Schauerte. Im Grunde ist es schon wieder die ganze Kommission, aber erst einmal fängt Herr Baumann an.

Sachverständiges Mitglied, Dr. Michael Baumann: Ich möchte gerne zwei Sätze sagen zu den Mahnungen an die NGO's, die zum Anfang anklagen. Nach meiner Überzeugung gibt es durchaus fachlich begründete Kritik an dem Reformtempo von IWF und Weltbank, vor allem die anhaltenden Sorgen, dass die inhärenten Krisentendenzen keineswegs gebändigt sind. Sie haben das im Grunde auch bestätigt, und ich brauche gar nicht den Vorgänger des jetzigen Finanzministers dazu als Zeugen aufzurufen. Die Wucht der Fragen, die anstehen, das hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt ja immer wieder deutlich gemacht, wenn er vom Kasinokapitalismus spricht oder vom Raubtiergesicht des Kapitalismus und den Sorgen, die damit für unser Wirtschafts- und Sozialsystem verbunden sind. Das ist eine Bemerkung. Zwei Fragen an Sie, Herr Koch-Weser: Welche fachlichen Gründe gibt es aus Ihrer Sicht, dass sowohl London als auch der US-Staat Delaware nicht auf dieser Liste der Offshore-Zentren sind. Die andere Frage, vielleicht hoffentlich nicht genauso gemein, gemeint jedenfalls nicht. Ich habe gehört, dass die Deutsche Bank in New York von mehr Aufsichtspersonal - sowohl der amerikanischen Bundesbank als auch des Staates New York - und das Online überwacht wird als die Deutsche Bank in Deutschland, wo es anderthalb Personen sein sollen und ob Deutschland, ob die Bundesrepublik Ihrer Meinung nach zu der Bankenaufsicht in der Lage ist.

Vorsitzender: Danke, Herr Jörg Huffschild bitte.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Jörg Huffschild: Ja ich möchte mir bei allem Respekt zunächst einmal die Bemerkung nicht verkneifen, dass ich es schön gefunden hätte, wenn die Kommission, wie von allen anderen Referenten auch, von der Regierungsseite die Statements vorher gekriegt hätte, damit man sich auf die Diskussion hätte vorbereiten können.

Vorsitzender: Das Papier von Herrn Koch-Weser liegt Ihnen doch wohl vor.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Jetzt ja, aber vorher nicht. Also alle anderen Papiere sind Tage vorher verschickt worden und diese beiden nicht. Na gut.

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: Wenn ich dazwischen sagen darf: Wir haben relativ ausführlich schon unter dem 20. September zu einer Reihe von anderen Fragen Stellung genommen. Sehr ausführlich.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Das haben Sie, nur jetzt liegt uns offensichtlich ein Statement vor, was wir vorher nicht gekriegt haben. Ich möchte zwei Bemerkungen machen, indem ich zunächst einmal Ihre Zahlen und Angaben ja gar nicht bezweifle, nur noch ein bisschen ergänze und dann doch etwas gegen den Strich bürste. Sie reden von der Armut, dass sie von 29 auf 26 % gesunken ist, obwohl die absolute Zahl mit rund 1,2 Mrd. Menschen nahezu konstant geblieben ist. Sie ist etwas gestiegen, um 16 Mill., aber das ist vielleicht nicht so wichtig. Wichtig scheint mir aber doch die Tatsache zu sein, dass, wenn man China herausnimmt, China, mit dem der IWF und die Weltbank nur ja relativ wenig zutun haben, dass dann die Zahl der Armen in der Welt um 115 Mill. Menschen gestiegen ist und insbesondere, wie Sie schreiben, in den Ländern Südasien, Afrika und Lateinamerika, also den Kontinenten, wo die Weltbank und der IWF ganz besonders engagiert sind. Insofern würde ich Ihren ansonsten nicht bestrittenen Zahlen schon einen anderen Touch geben wollen. Ebenso die Zahl mit 53 Mrd. DM der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit, das ist die Zahl, die ist sicherlich richtig, nur auf der anderen Seite sind es 0,23 % des Sozialproduktes, und das ist ungefähr ein Drittel von dem, was den Entwicklungsländern von Seiten der Industrieländer einmal offiziell zugesagt worden ist. Auch das gibt dieser an sich absolut eindrucksvollen Zahl von 53 Mrd. ja doch einen etwas problematischen Touch. Eine Bemerkung oder eine Frage noch, die vielleicht auch eine Bemerkung ist. Sie haben eine Reihe von Handlungsbedarfen angeführt, mich hat insbesondere interessiert, was Herr Koch-Weser zuletzt mit dem Dialog-Forum für Industrie- und Schwellenländer gesagt hat. Das leuchtet mir nun wirklich nicht ein, weshalb es ein Dialog sein muss, weshalb es

nicht doch eine sehr viel weitergehende Demokratisierung sein kann. Mir leuchtet nicht ein, dass, wenn Sie beide darauf bestehen, dass es sich hier um universelle Institutionen handelt, das Stimmrecht in diesen universellen Institutionen bei 54 % für die G7-Länder liegt. Das kann doch keine universelle Institution sein, wo die G7-Länder mit Mehrheit darüber sozusagen bestimmen, was in der Welt geschehen soll. Und ich denke hier auch, das ist der Hintergrund, Frau Wieczorek-Zeul, das muss man auch dann fairerweise sagen, das ist der Hintergrund für die Forderung nach der Auflösung der Weltbank und des Währungsfonds. Das heißt ja nicht, die Sachen dem Markt zu überlassen, sondern andere Institutionen zu schaffen, in denen die Stimmrechte anders verteilt sind, und es geht ja offensichtlich. Herr Koch-Weser, Ihre Behauptung, dass das gar nicht anders ginge als nach den Gewichten der Weltwirtschaft, ist ja dadurch widerlegt, dass in der WTO, die auch kein schlechtes Gewicht in der Weltwirtschaft hat, jedes Land eine Stimme hat, und insofern denke ich, ist es also schon ein Problem. Meine Frage ist, ob das jemals von der deutschen Seite eigentlich problematisiert worden ist, und zwar nicht nur in Form von Dialog, sondern in der Form von tatsächlich relevant per Stimmrecht auch mitzubestimmen. Und letztes nur eine Informationsfrage, Frau Wieczorek-Zeul, was heißt Performance based allocation, also was für eine Performance muss denn erfüllt sein. Das Performance based allocation hat es immer gegeben beim IWF, nur ich unterstelle, dass Sie meinen, das ist jetzt eine andere Performance als die, die bisher vom IWF und von der Weltbank verlangt wurde. Da würden mich einfach mal ein paar Kriterien darüber interessieren, was denn anders an dem geworden ist, was die Weltbank von den Kreditnehmern verlangt.

Vorsitzender: In Kenntnis der Tatsache, dass Herr Huffs Schmid hier eine Kontrastposition einnimmt, habe ich ihn an keiner Stelle unterbrochen. Ich bitte künftig um mehr Kürze. Herr Altvater, dann Herr Schauerte.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Elmar Altvater: Ich werde es sehr kurz machen und einige wenige Fragen formulieren. Die erste Frage richtet sich an Frau Ministerin und betrifft die Weltbankstrategie gegen die Armut. Zur Armut selbst und diesen Daten möchte ich jetzt nichts sagen, aber die Weltbank hat ja in ihrem jüngsten Weltentwicklungsbericht und in den Diskussionen zuvor sehr stark auf Wachstum orientiert. „Growth is good for the poor“ - da gibt es eine 1 : 1 Beziehung, mehr

Wachstum heißt weniger Armut. Nun hatten wir in den vergangenen 50 Jahren so viel Wachstum wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, und wir hatten niemals zuvor so viel Anstieg der Armut in der Menschheitsgeschichte. Die Frage lautet: Wie steht die Bundesregierung zu dieser Wachstumsstrategie, von den ökologischen Problemen, die es da sicherlich auch gibt, ganz abgesehen? Die zweite Frage bezieht sich auch auf das, was auch Jörg Huffs Schmid angesprochen hat, und zwar auf die Einbindung privater Akteure in die Kooperationsstruktur von IWF hauptsächlich. Daher die Frage auch vor allem auch an Sie, Herr Koch-Weser. Die privaten Akteure zeichnen sich durch ein kurzes Gedächtnis aus. Das hat die BIZ gerade in ihrem jüngsten Jahresbericht 2000 noch einmal sehr schön und sehr mokant dargestellt. Wie kann man mit Akteuren zusammenarbeiten, wie kann man sie einbinden, wenn die nach zwei Jahren vergessen haben, dass es 1997 eine schwere Finanzkrise gegeben hat und weiter erneut auf einer Hochzeit tanzen, wo sie gar nicht wissen, ob die Braut erscheint. Die dritte Frage bezieht sich auf Informalisierung. Bei Ihnen, Frau Wieczorek-Zeul, tauchte die Formel von der good governance auf, ist ja sehr bekannt und sehr weit diskutiert, aber immer mehr kommt ja auch zu Bewusstsein, dass man good governance als normatives Konzept der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit formulieren und vielleicht sogar dekretieren kann, dass aber die Realität in sehr vielen Länder der Dritten Welt einfach durch Informalisierung der Politik gekennzeichnet ist, durch parastaatliche Nebenstrukturen, durch kaputte Institutionen; von denen good governance zu erwarten, ist einfach überflüssig. Das geht nicht, und da muss man sich dann auch entwicklungspolitisch irgendwie mit auseinandersetzen. Das ist das Letzte, das ist sozusagen 3 b. Auch Informalisierung bezieht sich auf die Ausführung von Herrn Koch-Weser. Sie haben sehr viele dieser informellen Institutionen des Finanzsystems genannt. Das ist ja eine Tendenz offensichtlich, G20 ist eine ganz informelle Geschichte, G7 war es vielleicht schon, ist jetzt aber stark formalisiert, das „Financial Stability Forum“ ist sehr stark informell. Da gibt es natürlich sehr viele Legitimationsprobleme, d.h. Demokratieprobleme. Das ist ja auch das, was dann die NGO's sozusagen in die Arena treibt. Die Frage ist, wie geht man damit um? Wie kann man diese Legitimationslücke schließen? Wie kann man sozusagen die Zivilgesellschaft in diese Informalisierungstendenzen einbinden? Gibt es dazu Überlegungen von Seiten der Bundesregierung?

Vorsitzender: Vielen Dank. Also wir werden nicht alle Welträtsel heute lösen und haben jetzt noch insgesamt zehn Namen auf der Rednerliste, einschließlich der, die gesprochen haben. Herr Schauerte, dann Frau Schmidt.

Abg. Hartmut Schauerte (CDU/CSU): Wenn man genau hinguckt, vermute ich insbesondere bei Ihnen, Frau Wieczorek-Zeul, weniger Neues als Sie behaupten. Bis auf diesen Effekt vom alten Wein in neuen Schläuchen, der durch Begriffe im Wesentlichen auch dargestellt wird. Aber das ist nur eine Einschätzung. Meine beiden Fragen. Die „Performance based allocation“ und das Entschuldungsmanagement sind ja zwei Dinge, die im Prinzip zusammengehören. Wenn man sie zu Ende denkt, heißt das: Wer die gemeinsam festgelegten Richtlinien und Zielvorgaben nicht beachtet, wird erstens nicht entschuldigt und bekommt zweitens kein Geld. Das wäre ja die konsequente Linie. Nun haben wir ja gerade in Afrika eine Vielzahl von Fällen, wo diese Art von Zielvorgaben oder Druck kaum praktikabel erscheinen. Wann ist die Grenze, wo Sie sagen, jetzt geben wir die Grundsätze auf und helfen nur noch? Meine zweite Frage ist die, wie wollen Sie, Herr Koch-Weser, die privaten Institutionen stärker einbinden? Da bin ich einfach nur mal neugierig. Welche Instrumente oder Ideen hätten Sie an der Hand, um die Einbindung des privaten Sektors in Krisen und Katastrophenmanagement verlässlich besser zu organisieren als in der Vergangenheit?

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schmidt, dann Frau Skarpelis-Sperk.

Abg. Dagmar Schmidt (SPD): Ja ich habe eine Bitte, dass man vielleicht noch deutlich macht, vielleicht macht das auch unsere Ministerin, Heidemarie Wieczorek-Zeul, dass wir oft als Geberländer oder auch die großen Institutionen ein Eigeninteresse daran haben, dass Entschuldung in der Welt passiert und dass das nichts mit Helfen zu tun hat, sondern dass das vielleicht in erster Linie auch viel damit zu tun hat, wie hält man die internationalen Finanzmärkte aufrecht. Der zweite Punkt ist der: Ich würde ganz gerne wissen, Sie haben ja beide in Ihren Papieren deutlich gemacht, dass der Privatsektor in Zukunft eine sehr große und zunehmend bedeutendere Rolle spielt und wenn dann dieser Privatsektor sich nicht auf das, was Weltbank jetzt an Ansichten gewonnen hat, einlässt, wie kann man dann möglicherweise so was pushen, das dort dann doch so was passiert. Ich frage konkret: Es gibt ja glückli-

cherweise Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise transparency international, die also durchaus einem interessierten Fachpublikum deutlich machen, dass durch Korruption und durch Geldwäsche auch sehr viel Geld verloren geht für sinnvolle Projekte und nicht da landet, wo es eigentlich landen sollte und auch nicht die Investoren findet, die eigentlich investieren sollten. Wie kann dies künftig besser kontrolliert werden? Wie kann hier eine Transparenz reinkommen? Gibt es beispielsweise Vorschläge, hier so was wie ein Informationsfreiheitsgesetz zu implementieren, das stärker zu pushen, wie das in einigen Länder schon existiert? Haben wir mehr Möglichkeiten, auf die schwarze Liste der Weltbank beispielsweise hinzuweisen, die auch sicherlich ergänzungs- und aktualisierungsbedürftig ist. Welche Rolle - das ist jetzt eine Frage, die dann wieder diese globalisierten Fragen auf uns zurückbringen, auf unsere Politik hier - welche Rolle spielen dann in Zukunft überhaupt noch Bundesaufsichtsämter für das Finanzwesen?

Vorsitzender: Vielen Dank, Sigrid Skarpelis-Sperk, dann Herr Dr. Brühl.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Ich habe zwei Fragen, eine richtet sich komplett an die Ministerin, Frau Wieczorek-Zeul. Frau Wieczorek-Zeul, hier vor dieser Enquete-Kommission hat der Chefvolkswirt der UNCTAD vor der Sommerpause vorgetragen, dass anlässlich der asiatischen Finanzkrise riesige Schäden für die Volkswirtschaften nicht nur der Schwellenländer entstanden sind; und er hat sie eingeschätzt auf etwa 10 Jahre Wachstum der betreffenden Länder und z.T. in Höhe von etwa einem Drittel des Sozialprodukts. Da ist es natürlich für die Weltbank ausgeschlossen, einen solchen Schaden auch nur in einem halben oder viertel Jahr wieder gut zu machen. Das heißt, wenn man die Kooperation zwischen zwei Gremien bedenkt, dann ist das natürliche eine schwierige Frage, wenn die Feuerwehr IMF versagt, ist dann die Weltbank nicht nur so etwas wie ein Rotes Kreuz, das die Zelte und die Pflaster austeilte? Ich bin jetzt etwas provokativ, aber wo setzt da eine konkrete Kooperation an, die solche Situationen vermeiden könnte? Und an Herrn Staatssekretär Koch-Weser: Seit wir die letzten Male diskutiert hatten, auch in den Ausschüssen für Wirtschaft und Finanzen, ist ja deutlich geworden, dass es deutliche Fortschritte in Richtung einer Krisenprävention gibt und dass sich dabei im Internationalen Währungsfonds objektiv einiges geändert hat. Gleichwohl habe ich aus Ihrer Rede möglicherweise falsch verstanden, dass sich der IWF wesentlich um die

Schwellenländer und die am stärksten verschuldeten Länder auch kümmert. Sind nicht auch die hohen Handelsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten von Amerika eine inhärente Krisenproblematik? Wenn wir die jetzt für die nächsten Jahre schlicht fortschreiben, erfordert dies ja hohe Kapitalströme aus der ganzen Welt in die Richtung der USA: Inwieweit wird dieses Krisenpotential überhaupt beobachtet und gegebenenfalls diskutiert? Was das bailing out angeht, möchte ich an den Kollegen Schauer noch sozusagen eine Nachfrage stellen. Der hat ja gefragt, was passiert denn nun eigentlich mit den privaten Institutionen, und ich möchte deswegen nachfragen, nicht nur welche Instrumente gibt es, sondern gibt es eventuell auch Sanktionen? Vielleicht sogar auch eine Liste jener privaten Finanzinstitutionen, die nicht kooperieren? Also so wie bei den Offshore-Zentren, das doch einen unangenehmen Effekt gehabt hat. Dieses könnte ja auch von den Regierungen, die mit diesen Finanzinstitutionen zusammenarbeiten, in der einen oder anderen Weise berücksichtigt werden. Die dritte Frage geht an die Hedge-Fonds. Sie haben gesagt, die deutsche Regierung und die französische Regierung würden sich direkte Regulierungen überlegen oder erwägen, wenn es nicht möglich wäre, international hier Regulierungen zu finden. Wie könnten denn solche Regulierungen überhaupt aussehen und gibt es dafür Vorschläge?

Sachverständiges Mitglied, Dr. Wolfgang Brühl: Meine Fragen sind kurz und gehen an Herrn Koch-Weser. Herr Staatssekretär, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie in Ihrem Eingangsstatement gesagt, die Umsetzung sei ja immer das Problematische, und man solle die augenblicklich relativ ruhige Zeit nutzen, um hier in der Umsetzung ein bisschen weiter voranzukommen. Das war ja sicherlich nicht so dahin gesagt und mich würde interessieren, was Sie im Hinterkopf dazu an Überlegungen haben? Die zweite Frage geht zu dem Stichwort Konditionalität, die ja auch von anderen Fragestellern schon angesprochen worden ist. Sie hatten in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, dass es hier nur um makroökonomische Aspekte gehen solle und Strukturreformauflagen dann eher in Richtung Weltbank gehen. Ich habe als ursprünglich ausgebildeter Ökonom ein bisschen Probleme, zwischen diesen beiden Dingen zu unterscheiden und bin mir nicht sicher, ob ich das kann. Können Sie mir helfen?

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Young, dann Herr Paqué.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Brigitte Young: Ja, ich habe zwei Fragen und die eine Frage ist, Herr Koch-Weser, Sie haben ja angesprochen etliche Male den amerikanischen Widerstand. Mich würde hier interessieren, welche Flexibilität oder auch Spielräume es gibt, hier besonders für die deutsche oder europäische Position, wenn man immer wieder nur hört und liest die deutschen Vorschläge werden verbessert. Und die zweite in Bezug auf die Wahlen in den USA, die Sie auch angesprochen haben, sehen Sie da Unterschiede, wenn man jetzt den Prognosen glaubt, dass vielleicht der nächste Präsident George Bush sein könnte? Würde sich da etwas verändern? Die zweite Frage ist an Frau Ministerin gerichtet. Sie haben über die Armutsbekämpfung gesprochen, aber Armut ist nicht gleich Armut, und wie wir wissen seit dem letzten Weltbevölkerungsbericht, sind zwei Drittel aller Menschen in Armut weiblich. Und hier scheint sich ja auch mit 3 % eine Reduzierung abzuzeichnen, aber die Lage der Frauen hat sich nicht verbessert. Gibt es da Rezepte oder Überlegungen, dass eben Armut nicht nur Armut ist, sondern sie geschlechtsspezifisch ist? Dankeschön.

Vorsitzender: Herr Paqué und zum Schluss Herr Putzhammer und dann Antworten.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ja ich habe eine konkrete Frage an Herrn Koch-Weser. Es herrscht ja Einigkeit, dass, wenn wir in Richtung einer erfolgreichen oder aussichtsreichen Krisenbewältigung gehen wollen, dann muss stärker privates Kapital eingebunden werden, und das haben Sie ja auch zum Ausdruck gebracht. Wenn ich aber Ihre Ausführungen sozusagen als Grundlage nehme, vermissem ich das konkrete Element. Ich glaube, Herr Schauerte hat es schon ein wenig angedeutet. Was stellt sich die Bundesregierung konkret vor? In welche Richtung ist zu gehen? Einen Punkt speziell wollte ich persönlich ansprechen, der betrifft die Umschuldungsklauseln, das ist ja eine der zentralen Fragen, ob man eben ex ante Umschuldungsklauseln in Verträgen bereits fixiert, um dann im Krisenfall darauf zurückgreifen zu können. Und da hat ja gerade die Bundesbank sich auch bereits positiv geäußert, Anfang dieses Jahres, dass da in Deutschland aus dem deutschen Recht her keine Bedenken bestehen. Frage also, inwieweit könnte nicht die Bundesregierung von sich aus initiativ werden, auch wenn es z.B. aus den USA in diese Richtung Widerstand gibt?

Sachverständiges Mitglied, Heinz Putzhammer: Ich habe eine Frage, die mir nicht selbst eingefallen ist. Die Grundlage der Ausführungen war ja, dass die Enquete-Kommission einen Fragenkatalog mit elf Fragen übersandt hat, und die sind auch alle sehr ausführlich und sehr informativ beantwortet worden, mit Ausnahme einer einzigen – das ist die Frage Nummer 7: Wie werden Nichtregierungsorganisationen in die Entscheidungs- und Konsultationsprozesse in eine neue Finanzarchitektur einbezogen? Wie wird die Zusammenarbeit organisiert? usw. Ich will das nicht vorlesen. Dazu hätte ich schon gern einiges gewusst, weil ja die Quintessenz beider Vorträge wohl war, dass es sich bei der politischen Entscheidung darüber, wie in Zukunft die Kredite und die finanziellen Programme von Weltbank und Internationalem Währungsfond zusammengetragen werden, natürlich nicht mehr rein finanzwirtschaftliche Überlegungen allein sind und eben nicht mehr sozusagen von Bankern allein entschieden werden können, sondern weil natürlich politische Fragestellungen darin eingehen, und es dann auch notwendig ist - Stichwort Zivilgesellschaft –, nicht nur die Regierungen, sondern eben auch die NGO's nenne ich jetzt mal im allerweitesten Sinne und beziehe da die Gewerkschaften auch gleich mit ein, obwohl das eine Diskussion für sich wäre. Die Frage ist, wie die einbezogen werden? Dazu hätte ich gerne noch einige Ausführungen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Das ist jetzt ein reiches Bündel von Fragen, deren Beantwortung etwa 8 Stunden dauern würde. Ich würde also um Selektion bitten und die Fragenden um Verständnis, dass dieses unvermeidlich ist.

Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: Wenn ich mit der Frage: Einbeziehung Nichtregierungsorganisationen beginnen darf. Erstens: Es gibt einen dauernden Konsultationsprozess zwischen Weltbankmanagement und Nichtregierungsorganisationen. Es gibt mittlerweile eigentlich kein Sektorprogramm, das nicht mit Beteiligung der global agierenden Nichtregierungsorganisationen beraten wird. Es gibt regelmäßige, auch jährliche Treffen. Ich persönlich habe bei allen Diskussionen, die in der Weltbank anstehen, einen dauernden Dialog mit sowohl Gewerkschaften, Unternehmen, Arbeitgeberseite, aber eben auch mit Nichtregierungsorganisationen, so dass wir eigentlich einen gemeinsamen guten Überblick über die anstehenden Entscheidungen haben. Ich darf Ihnen auch noch mal, auch wenn ich an einer Stelle

kritisch war, durchaus sagen, die Entschuldungsinitiative ist aus meiner Sicht (dass sie zustande gekommen ist, und das war ja überhaupt nicht sicher, dass das in dem Umfang zustande käme) das Ergebnis einer gemeinsamen globalen Aktion zwischen Nichtregierungsorganisationen, vor allem Kirchen in diesem Bereich, und den entsprechenden Gruppen in allen Ländern der Welt (die katholischen Bischöfe z.B. sind in dem Bereich extrem engagiert gewesen und sind es immer noch, verfolgen das auch) und gleichzeitig eben auch den Regierungen, die bereit waren, voranzugehen. Für die Kollegen, die vorhin gefragt haben, wie das jetzt mit der Universalität ist, möchte ich im Übrigen sagen, bei ausreichender Höflichkeit natürlich zu den Kollegen im Development-Komitee der Weltbank, das es nun keineswegs die geschlossene Aktion der Entwicklungsländer war, die sich für die Entschuldungsinitiative ausgesprochen hat. Vielmehr gab es durchaus das eine oder andere weiterentwickelte Schwellenland, das der Meinung war, da sei dann doch vielleicht das eine oder andere zu viel moral hazard. Also das war ein Bündnis eigentlich, wenn man so will, zwischen den ärmsten Entwicklungsländern und den europäischen Vertretern in der Weltbank. Das muss man auch fairerweise einfach sagen. Das möchte ich Ihnen doch noch mal versuchen zu vermitteln: Die Entschuldungsinitiative ist eine wirklich qualitativ mit dauernder Auswirkung in Bezug auf die Zivilgesellschaft versehene Institution und ein Prozess. Deshalb geht es auch eben manchmal nicht so schnell, weil die Arbeitsbekämpfungsstrategien im Land bedeuten, dass es den Dialog gibt. Ich habe jetzt vor wenigen Tagen mit den Vertretern der katholischen Kirche diskutiert, wie in Bolivien dieser Dialogprozess vorangeht, und eines der Ergebnisse, und das finde ich toll, ist, dass in diesem Land in dem nationalen Dialog gesagt worden ist, der neue finanzielle Spielraum, der gewonnen wird, es sind etwa 90 Mill. US-Dollar für Bolivien an dieser Stelle, wird für Bildung und Gesundheit in den beteiligten regionalen und kommunalen Ebenen eingesetzt. Das heißt, wer jetzt sagt „alter Wein in neuen Schläuchen“, da muss ich sagen, ich stehe zu dieser Konditionalität, die da verankert worden ist. Weil wir ja in den Jahren zuvor auch bilaterale Entschuldung gehabt haben, aber sie ist nicht mit Konditionen verbunden worden und deshalb ist das Geld nicht bei der Bevölkerung selber angekommen, sondern irgendwo im Haushalt versickert. Deshalb ist das schon ein ganz neuer Ansatz und das Neue ist auch, ich habe das Ihnen nicht noch mal ausführlich dargestellt, weil ich eigentlich auch denke, das ist sozusagen Gemeingut in der Diskussion, aber ich sage es einfach noch mal. Also das eine ist natürlich sozusagen, Bildung und Gesundheit in den

Mittelpunkt auch der entsprechenden Programme zu stellen, und das Neue ist, dass der IWF bei seinen makroökonomischen Empfehlungen das berücksichtigen muss. Alle, die hier gefragt haben, denen will ich noch mal sagen, natürlich historisch: Bitte jetzt mögen mir alle sonstigen Beteiligten das nachsehen, aber meine Einschätzung ist, ich teile das mit vielen Entwicklungsländern. Historisch hat ein Teil der Aktionen makroökonomischer Art des IWF Armut verschärft, und zwar insofern und anschließend sind dann die Sozialprogramme der Weltbank geschaffen worden, um die Wunden zu verbinden. Das ist aber falsch, sondern es muss integriert sein. Das Neue ist, es ist jetzt integriert, es ist einerseits die Bewertung, was ist makroökonomisch notwendig, aber es kann eben auch sein, dass in diesem Prozess der Poverty Reduction Strategy des Landes - und es ist jetzt zukünftig kein Washingtoner Gewächs mehr - dass in dieser Armutsbekämpfungsstrategie der IWF auch respektieren muss, bis hin zur Frage des Haushaltes, dass ein bestimmter Teil des Haushaltes im Bereich Bildung und Gesundheit verankert wird, weil das ja Konsequenzen für die Entwicklung eines Landes hat. Der zweite Teil ist eben nicht nur die gerechtere Verteilung von Armut, wenn ich das mal so sarkastisch sagen darf. Es ist auch die Frage, welche Wirtschaft, welche Elemente will ein Land in seinem Bereich denn überhaupt an Reformen weiterentwickeln, also z.B. Reformen im landwirtschaftlichen Sektor, um auch das Wachstum zugunsten der Bevölkerung zu fördern. Dafür zu sorgen, dass das Wachstum, das entsteht, wirklich zugunsten der Ärmern verwandt wird, aber dazu bedarf es auch des Wachstums, auch das ist notwendig. Nur bin ich dann wirklich zum Teil der manchmal sehr heuchlerischen Diskussion von Seiten der Industrieländer leid; der Test auf die Frage, ob wir bereit sind, in diesem Bereich auch Entwicklungschancen einzuräumen, ist die Frage: Werden die Märkte der Industrieländer für agrarische, und zwar für verarbeitete agrarische Produkte geöffnet? Sonst muss ich sagen, gibt es auch irgendwann eine Reaktion bei den Entwicklungsländern, dass sie sagen, ihr verlangt immer von uns, ihr verlangt, ihr verlangt, aber wo sind eure Gegenleistungen. Und wir werden nur vorankommen, auch inhaltlich, wenn es diese Paketlösung gibt, die sozialeren Regeln, aber auch gleichzeitig die Veränderung. Also d.h., die Finger, die wir da auch in eine Richtung orientieren, haben auch entsprechende Rückwirkungen, bezogen auf die Industrieländer. Damit habe ich auch deutlich gemacht, die 1,2 Mrd. Menschen, die arm sind, d.h. weniger als einen Dollar pro Tag haben, das ist eine permanente Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Und die Regierungschefs haben bei der Millennium-

Assembly sich das vorgenommen, und das nehme ich sehr ernst. Wir versuchen auch, unseren Aktionsplan zur Beteiligung an dieser Aktion zu entwickeln, dass bis zum Jahr 2015 der Anteil der Menschen, die in Armut leben, weltweit halbiert werden soll, neben den anderen Entwicklungszielen. 15 Jahre ist eine relativ kurze Zeit, also da stehen durchaus alle Beteiligten auch entsprechend auf dem Prüfstand.

Jetzt kommt die Frage: universelle Institutionen? Ich habe ja schon deutlich gemacht, dass die Frage der Repräsentativität das eine ist, ob das dann, sagen wir mal, einem manchmal fortschrittlicheren Ansatz eher entspricht, habe ich am Beispiel Entschuldungsinitiative deutlich gemacht. Ich glaube auch nicht, selbst wenn man das hypothetisch sich jetzt vorstellen könnte, dass wir jetzt sozusagen alles ersetzen könnten. Das habe ich mit dem Reformansatz versucht deutlich zu machen. Ich glaube nicht, dass wir in einer Phase revolutionärer Veränderungen in der Globalisierung sind, sondern wir sind in einer Reform, in einem Reformprozess, der kann schneller und langsameres Tempo haben, aber ich hoffe er hat schnelleres. So, jetzt will ich dabei noch mal deutlich machen: Ein Teil des berechtigten Ärgers entsteht doch darüber, dass ein Teil der Entwicklungsländer sagt - und ich habe der Millennium-Assembly sehr genau zugehört, was die Regierungschefs dort vorgetragen haben außer Entwicklungsländer - hier wird über unser Schicksal von Organisationen entschieden, die aber keineswegs die ganze Welt repräsentativ umfassen. Das sind die Vereinten Nationen. Andererseits werden Sie mit mir übereinstimmen, dass das sozusagen auch jetzt nicht bei aller Wertschätzung für die Vereinten Nationen die schnellste Reform ist, die da vorankommt. Deshalb halte ich es für wichtig, möglichst viele Vernetzungen zu schaffen, also was man auch mit Entwicklungsarchitektur bezeichnen mag, und einer der Punkte, finde ich, wird es jetzt beispielhaft eigentlich hoffentlich vorexerziert. Und zwar wie es schon bei global environmental facility ist im Umweltbereich, wo es eine Vernetzung zwischen den Finanzinstitutionen und deren Geld und der Repräsentativität der Vereinten Nationen gibt, so hoffe ich, wird die Konferenz, die im nächsten Jahr unter „Financing for Development“ läuft, ein solcher Ansatz sein. Und zwar die UN hat ein Sekretariat eingerichtet, in dem hoffentlich also auf jeden Fall Weltbank sitzen, ich hoffe auch der Währungsfonds, jedenfalls sind wir da durchaus positiv dazu, und ich hoffe auch WTO. Das heißt, der Versuch, dies miteinander zu verknüpfen und dann im Bereich der Finanzinstrumente mal durchzudiskutieren, was wird eigentlich gebraucht. Das wäre ein Annäherungswert an eine Reform. Was auf der Millennium-Assembly von allen Runden Tischen im Plenum be-

richtet worden ist, ist ein Vorschlag, ich spreche nur für mich persönlich an der Stelle, ist ein Vorschlag, den muss man dann eben diskutieren. Wir brauchen eigentlich, so haben es alle Regierungschefs aus den Entwicklungsländern gesagt, einen UN-Sicherheitsrat für Wirtschaftspolitik, der repräsentativ dann auch alle Regionen umfasst. Da werden auch die Regionen verpflichtet, ihre Repräsentanten als für sie repräsentativ auszusuchen, und solche Grundfragen diskutiert, die der Globalisierung bedürfen. Ich glaube, es gibt viele Möglichkeiten, aber das darf, Herr Prof. Hufschmid, uns doch nicht daran hindern, wir, die wir in den Institutionen sitzen, die Chancen, die finanziellen Möglichkeiten und auch das Know-how in dem Bereich zu nutzen, damit es den Entwicklungsländern besser geht. Ich hätte ja warten können, bis ich erst mal grundsätzlich alle Institutionen reformiert hätte, um die Entschuldungsinitiative voranzubringen. Ich glaube, das war nicht der Sinn der Sache. So, jetzt noch mal, damit deutlich wird: Zur Armut - ich weiß, dass es die Diskussion über den Weltentwicklungsbericht gab, weil Herr Kanbur sich praktisch dann zurückgezogen hat aus dem Bericht. Aber wenn Sie ihn angucken, den Weltentwicklungsbericht, werden Sie feststellen, dass es gerade das Neue und Richtige und Gute ist, und das entspricht auch unserem weiteren Armutsbegriff. Es sind drei Elemente: Es ist opportunity, d.h. der Zugang, da habe ich vorhin schon was zu den Ressourcen gesagt. Es ist empowerment, dass die Leute, um die es geht, ihre Interessen selber vertreten können, und es geht drittens um security, das heißt, es geht darum, dass sie eben auch Sicherheitsnetze haben, damit die Auswirkungen sich in schwierigen Situationen nicht zu ihren Lasten auswirken. Letzter Punkt: Die Frage, kann die Weltbank das kompensieren, was durch Spekulationen und Finanzmarktentwicklungen schief läuft? Das könnte weder die Weltbank noch bilaterale Entwicklungszusammenarbeit kompensieren. Deshalb ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, dass solche Krisen nicht mehr auftreten oder jedenfalls alles getan wird, um Prävention in diesem Bereich zu ermöglichen. Ich will an der Stelle darauf hinweisen, es war zwar nicht nachgefragt, aber ich sage es noch mal, im Rahmen unserer Möglichkeiten und unserer Zuständigkeiten sind wird in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bei der Beratung des Know-how für Partnerländer tätig, um den Finanzsektor in ihren Bereichen zu stabilisieren. Das ist ja auch eine ganz wichtige Aufgabe, das macht ein Großteil unserer finanziellen Möglichkeiten bei FZ und

auch TZ aus, und die Weltbank ist beteiligt, in dem entsprechenden Financial Stability Forum und bringt auf diese Art und Weise ihre eigenen Erfahrungen aus den entwicklungspolitischen Feldern in die Frage ein, was dort von den Financial Stability Forum gebracht wird. Die Rolle der Frauen, das ist ein Punkt, der uns, die wir dort tätig sind, besonders am Herzen liegt, auch als Symbolfunktion. Gerade bei der Entschuldungsinitiative ist es konzentriert auf die Frage Bildung, und das ist per se für die Frauen ein großer Vorteil, und im Übrigen gerade wer weiß, wie wichtig die Stärkung von Frauen für die Entwicklung eines Landes ist, weiß, wie wichtig für Familienplanung die Frage Bildung ist. Man kann sagen, dass im Bereich der Bildung automatisch ein reduziertes Bevölkerungswachstum vorbereitet wird, weil Frauen einfach dann auch selbst über die Zahl ihrer Geburten entscheiden können. Da hängen ganze Entwicklungen der Partnerländer dran, und deshalb ist das so ein ganz besonders wichtiger Punkt von unserer Seite. Ich bedanke mich sehr für die Fragen und auch für das Engagement, und Sie sehen, ein Großteil dessen was Sie bewegt, bewegt uns auch. Wir müssen aber handeln, und das Ziel ist einfach immer zu sehen: Stimmt mit der Perspektive einer sozial gerechten Welt und einer sozialen Marktwirtschaft weltweit und einer sozial gestalteten Globalisierung das überein, was wir jetzt schrittweise machen. Herr Prof. Huffschmid da meine ich, dass die Schritte, die wir machen, jedenfalls in diese Richtung gehen und bei mir hat das auch die große Zielrichtung.

Vorsitzender: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung. Nun bitte ich Herrn Staatssekretär Koch-Weser um eine, wenn es geht, noch kürzere Beantwortung.

Staatssekretär Caio K. Koch-Weser: Ja ganz kurz, ich habe die Frage etwas gruppiert, auch weil ich glaube, dass zu einigen dieser Fragen sicherlich sehr relevant ist, was wir von Jürgen Stark für die Bundesbank und auch von dem Kollegen der BIZ hören werden. Lassen Sie mich anfangen noch mal ganz kurz mit dem Thema: Wie nutzt man gute Zeiten? Wie können wir hier Tempo rein bringen? Auf der einen Seite sicher, indem man vor geht wie die G20 und andere verpflichtet, mit gutem Beispiel

voranzugehen. Das wird nicht immer einfach sein, aber ich glaube, dass die G20 da einen Rahmen bildet. Zweitens: Dass wir als G7 natürlich weiterhin sehr drücken werden, was das Monitoring von Fortschritt angeht. Drittens: Ich glaube, sehr wichtig ist die Frage der Anreize, die ich angesprochen habe. Es muss eben teurer werden, auch in guten Zeiten, wenn man z.B. gewissen Transparenzgesichtspunkten nicht entspricht. Und dass man dem nicht entspricht als Land, muss bekannt sein, so dass es sich in Preisen und was immer auswirkt. Ich glaube, diese ganze Anreizfrage, die ich vorhin nur ganz kurz angeschnitten habe, müssen wir ausbauen. Viertens: Natürlich Öffentlichkeit, die Medien. Es muss hierüber auch deutlicher debattiert werden, wer sind die Sünder, deswegen die Öffentlichkeit auch bei bestimmten Listen. Und schließlich glaube ich, es bleibt alles im menschlichen Rahmen, Krisen wird es immer geben, und man kann nur hoffen, dass dann Krisen auch heilsamer vielleicht als in der Vergangenheit wirken. Die nächste Krise kommt bestimmt, aber ich glaube, eine gewisse Angst vor der Krise ist schon vorher ist ganz hilfreich.

Zu den ganzen Aufsichtsthemen: Hier wäre es interessant von meinen Kollegen auch etwas zu hören. Lassen Sie mich zunächst zu der konkreten Frage „Aufsicht auch in Deutschland“ sagen, dass wir natürlich, das ist ja kein Geheimnis, eine große Aufgabe haben, unsere Aufsicht zu reformieren und zu verstärken. Sie hat sich bewährt, wir hatten nicht die großen Krisen in der Vergangenheit, aber sieht sich völlig neuen Herausforderungen gegenüber. Es ist in der Tat richtig, dass was die Deutsche Bank in New York an Aufsehern hat, das können wir hier z.T. gar nicht bewerkstelligen. Wir haben uns in der Arbeitsgruppe, die ich geleitet habe, damit eingehend befasst, sowohl wie man die Aufsicht stärken kann, auch personal-, gehaltsmäßig usw., die brauchen auch ein ganz anderes Profil von Mitarbeitern in Zukunft, Leute, die in ihrer Karriere einige Jahre da sind und dann auch wieder gehen, Systemanalytiker usw.. Zweitens ob man die drei Säulen der Aufsicht zusammenfassen soll? Wir werden ein gemeinsames Forum in Kürze gründen wie die Holländer, die viel mehr verzahnen, Versicherungs-, Wertpapier- und Bankenaufsicht, aber nicht eine große Institution a la England, sie jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht schafft. Sich drittens mit der Ebene befasst, was brauchen wir auf europäischer Ebene an Finanzaufsicht oder an Aufsicht überhaupt. Hier gibt es ja eine ganze Reihe von Initiativen, dies würde jetzt zu weit führen, darauf einzugehen. Aber auch da schattieren wir vor in unseren Vorschlägen, was man Zukunft hier wohl machen könnte oder sollte. Und viertens natürlich das Thema, was aus anderen Gründen schwierig ist, Bundesbank, Strukture-

form, hier gibt es von unseren Ministern auch dezidierte Aussagen. Nur bei einheitlichem Führungsgremium können wir die Aufsicht auf die Bundesbank übertragen. Aber ich sage das alles, denn wir haben für meine Begriffe hier eine ganz große Aufgabe vor uns, mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Offshore-Zentren Delaware und London, ich glaube Sie erwarten keine ausführliche Antwort dazu, aber Sie wissen ja, dass wir in London (Zinsertragssteuer, europäischer Informationsaustausch) kräftig drücken und das ist nicht einfach, aber ein Zeitplan ist ja immerhin gesetzt und die Mühlen mahlen manchmal etwas langsam.

Zum Thema Hedge-Fonds, da müsste man eine lange technische Diskussion führen, aber im Grunde geht es darum, wenn die indirekte Regulierung, die eingeführt ist, nicht greift, nicht dass Deutschland und Frankreich dann alleine was machen, sondern dass wir uns dann noch mal die Zusicherung haben geben lassen, dass wir bereits im März in einem vorläufigen Bericht und später dann grundsätzlicher entscheiden (ich weiß noch nicht, was die Mehrheiten dann bringen), dass man ganz direkt greifende Regulierungen einführt. Vielleicht haben meine Kollegen dazu noch mehr zu sagen.

Drittens: Zu dem Thema G20 und informelle Gremien allgemein: Warum nur Dialog, warum nicht Demokratisierung, warum Gewicht in der Weltwirtschaft als Kriterium? Also ich muss hier warnen, es geht natürlich darum, ich habe das ja auch angesprochen, dass man Repräsentanz breiter definiert als Quoten und gerade die emerging markets, die Entwicklungsländer stärker reinbringt. Aber hier eine „UNOnisierung“ oder Stimmenverteilung und das Demokratie zu nennen, wenn es um riesige Ausgaben und Systemsignifikanz geht, halte ich für gefährlich. Wir werden uns im Jahre 2003 im Währungsfonds die ganze Quotenfrage ohnehin anschauen und natürlich, wenn Südkorea dann erstens mehr Gewicht hat, zweitens seinen Verpflichtungen auch struktureller und anderer Natur international nachkommt, hier Quoten verändern. Ich finde das Beispiel WTO übrigens ein etwas schwieriges Beispiel, um das so auszudrücken, das uns bisher weder in eine oder andere Richtung viel zeigt. Was heißt informelle Gremien? Ja das ist natürlich ein Problem, wo wir noch lange Diskussionen haben müssen. Ich halte an informellen Gremien wie G7, wie die Eurogruppe in Europa und wie hoffentlich jetzt die G20 nützlich, dass hier vertraulich auch mit der notwendigen Chemie der Akteure um Lösungen gerungen wird. Das ist nicht die Höflichkeit des internationalen diplomatischen Dialogs, sondern es ist die Härte der nationalen Auseinandersetzung, wie wir sie kennen. Ich kann versichern, auch

bei der Eurogruppe jetzt in Brüssel, da wird anders gerungen um die Antworten als im Ecofin-Rat und das wirft natürlich gewisse Legitimationsfragen auf, auf die man aber über Informationen hinterher (Thema Eurogruppe) und auch die Tatsache, dass hier keine formalen Entscheidungen fallen in diesen Gremien, Antworten gefunden hat oder finden muss. Aber ich würde davor warnen, aus diesen Gründen diese Informalität dieser Gruppen zu beschädigen. Wir brauchen meiner Ansicht nach eher mehr davon, wo wirklich gearbeitet wird und einander vertraut wird. Um das Thema Strukturreform nur ganz kurz zu erläutern: Mir ging es nicht darum, alle Strukturreformen der Weltbank zu überlassen. Ich habe ja gesagt, es gibt dieses Spektrum und diese Integration, nur es gibt Strukturreformen wie Finanzsektor, die viel unmittelbarer für makroökonomische Stabilität relevant sind, d.h. nicht, dass sie deswegen wichtiger als andere sind als z.B. sektorale Reformen im Sozialbereich oder im Industriebereich. Hier sind Köhler und Wolfensohn auch dabei, sehr viel klarer zu definieren, wer übernimmt die Führung. Ich sprach deshalb auch von der Symmetrie oder Abgrenzung Kredite, Konditionalität und Expertise. Denn das kann auch anders laufen, dass die eine Institution die Expertise hat aber nicht die Kredite gibt, und das muss nicht immer die Weltbank sein, die die Expertise hat. Es kann auch die Weltbank die Kredite geben und auf die IWF Expertise eingehen und dazwischen genau das gleiche mit der Konditionalität.

Letzter Punkt, Herr Vorsitzender, zu Fragen Amerika: Erstens: Handelsbilanzdefizite, ich kann Ihnen versichern, dass in den G7-Runden Greenspan und Summers einiges von uns dazu zu hören bekommen, ob es im Endeffekt zu einem soft- oder hard landing in den USA kommt, hat auch hiermit viel zu tun. Das ist natürlich ein abendfüllendes Thema, aber man kann nicht sagen, dass hierzu nicht bestimmte Positionen bezogen werden und auch der IWF hat ja sehr nachhaltig auf die Risiken in dem letzten „World Economic Outlook“ hingewiesen. Schließlich was den amerikanischen Widerstand angeht, wenn man Rom ist und nicht die Provinz, ist es natürlich sehr bequem, von Fall zu Fall zu entscheiden, und Mexiko liegt näher als Indonesien, aber das geht nicht. Wie können wir uns durchsetzen als Europa insgesamt mit mehr Bundesgenossen in den emerging markets? Wir müssen auch hier viel mehr „outreaches“ betreiben, dass nicht nur amerikanische Unterhändler rumreisen vor wichtigen Entscheidungen, sondern wir den Dialog noch viel direkter führen. Was in der Vergangenheit in einigen Ländern, Jürgen Stark weiß da mehr, auch schon der Fall gewesen ist und unsere Position hier sehr viel früher einbringen. Schließlich was Bush

angeht, möchte ich nicht spekulieren. Es gibt zwar traditionelle Loyalitäten der Republikaner gegenüber den Demokraten, aber in der heute so rasch gewandelten globalisierten Welt würde ich dem nicht so viel Bedeutung beimessen. Und gerade für Bush gibt es sicher auch ein Erwachen, wenn er gewinnen sollte, am Morgen danach, was z.B. seine Steuervorstellungen angeht in einer Zeit des Booms und der Gefahr eines hard landing, aber das nur am Rande. Privatsektor: Der Hautgesichtspunkt ist hier natürlich, dass man den Blick schärft durch Risikomiteinbindung. Das heißt, wenn wir von dem Grundprinzip ausgehen, der Privatsektor muss eingebunden sein, dann prüft man das Auge für Risiken ganz anders. Auch die Vergesslichkeit nach zwei Jahren, von der gesprochen wurde, tritt nicht so ein, und das andere ist, im Vorfeld oder dauernd den Dialog zu führen. Die Kreditorenkomitees und dieses neue Forum, das der IWF geschaffen hat. Wie weit man hier Öffentlichkeit herbeiführen kann, ein anderer Vorschlag, ja die kommt ja sicher zustande bei vielen dieser Pakete ist ja bekannt, wer wie dann gehandelt hat, aber Jürgen, vielleicht willst du auch noch dazu was sagen.

Vorsitzender: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nunmehr, wie Herr Staatssekretär Koch-Weser schon mehrfach angedeutet hat, die Bundesbank bitten, einen Bericht zu unseren Fragen, die wir ja schriftlich ausgeteilt hatten, zu geben. Herr Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Bundesbank, war so freundlich, uns eine Stellungnahme zu schicken, wie ich glaube von Herrn Huffschmid und anderen bemerkt, ist diese auch vorher schon angekommen. Vielleicht, Herr Dr. Stark, erlaubt es Ihnen dann auch gewissermaßen, einen stenographischen Durchgang durch das zu machen, was Sie schriftlich gegeben haben mit den nötigen highlights: Herr Dr. Stark bitte.

Sachverständiger Dr. Jürgen Stark: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass die Bundesbank eingeladen wurde, hier vor dieser Kommission Stellung zu nehmen zu den internationalen Finanzinstitutionen. Sie wissen, die Bundesbank hat insbesondere, was das Verhältnis zum Internationalen Währungsfonds angeht, gemeinsame Verantwortung mit dem Bundesfinanzministerium, wobei wir bestrebt sind, unsere fachliche Expertise einzubringen. Um dies gleich vorweg zu sagen. Die politische Bewertung dessen, was wir an Überlegungen einbringen, liegt beim BMF. Es ist ja angesprochen worden, Reformen sind

auf dem Weg bei den internationalen Finanzinstitutionen, Reformen auch so zu verstehen, dass es neue Foren und neue Gremien gibt, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind. Angesprochen wurden G20 und Finanzstabilitätsforum. Die Frage, die hier auch im Raume stand: Ist mit diesen Maßnahmen, die in der Zwischenzeit getroffen worden sind, und mit der Schaffung neuer Gremien das internationale Finanzsystem stabiler und sicherer geworden? Ich stimme dem zu, was Caio Koch-Weser gesagt hat: Wir haben Fortschritte erzielt, aber wir dürfen in dem Reformtempo jetzt nicht nachlassen. Dabei muss man sich in Erinnerung rufen, dass die Reform der internationalen Finanzinstitutionen erst vor kurzem begonnen hat. Die Diskussion darüber hat erst vor kurzem begonnen, wir waren ja bis einschließlich 1998 mit dem Krisenmanagement befasst. Zum damaligen Zeitpunkt hat man zwar gesagt, wenn die Situation etwas ruhiger wird, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Institutionen weiterentwickeln. Aber noch einmal, die Diskussion über die Reform, insbesondere des IWF, ist erst seit wenigen Monaten, etwa seit gut einem Jahr auf der Tagesordnung. Wenn es heißt, der Reformdruck darf nicht nachlassen, ist dem voll zuzustimmen. Wir müssen hier weitergehen, wir sind auch auf sehr gutem Wege, nur es ist gleichzeitig auch festzustellen, dass in den bisherigen Krisenländern ebenfalls ein gewisser Elan, die Strukturen dort anzupassen, verloren gegangen ist, und dies sehe ich mit einer gewissen Sorge. Wenn man fragt, was hat sich eigentlich verändert, jetzt unabhängig davon, was die Veränderungen bei den internationalen Finanzinstitutionen angeht, was hat sich in den bisherigen Krisenländern verändert, dann stellt man fest, dass man ein sehr differenziertes Bild hat, dass einige Länder sehr deutlich mit klaren politischen Orientierungen vorgegangen sind, während andere Länder - und sie lassen sich auch nicht auf einen bestimmten Kontinent konzentrieren, das ist durchgängig, entweder Südostasien oder Lateinamerika - doch nach wie vor zurückhängen. Worum es geht, ist in aller erster Linie Krisenvermeidung, und wenn eine Krise auftritt, die Krise möglichst unter Kontrolle und begrenzt zu halten. Was ist getan worden zur Krisenvermeidung? Hier ist die verbesserte Transparenz u.a. durch Standards und Kodizes diskutiert worden, die durch verschiedene internationale Foren entwickelt worden sind, und worum es nun geht, ist die Umsetzung dieser Kodizes. Wir haben im gesamten Finanzbereich international (und das hat das Finanzstabilitätsforum zusammengestellt, ich glaube der Kollege der BIZ wird anschließend auch noch darauf eingehen) über 60 Kodizes und Standards. Sie werden erkennen, dass es allein aus dieser großen Zahl für das

einzelne Land unmöglich ist, alle diese Standard und Kodizes innerhalb eines kurzen Zeitraums umzusetzen. Es fehlt einfach an Ressourcen, es fehlt an dem Know-how, deshalb ist es notwendig, hier Prioritäten zu setzen. Diese Prioritätensetzung hat im Rahmen des Finanzstabilitätsforums stattgefunden. Man hat sich auf 12 prioritäre Kodizes und Standards konzentriert, und ich glaube, man muss dennoch weiter darüber hinaus gehen und die länderspezifische Situation sehen, in welcher Situation befindet sich ein Land und welche Kodizes oder Standards sind für dieses besondere Land wirklich von besonderer Bedeutung. Ich glaube, man kann nicht hier ganz allgemein sagen, dass jeder einzelne Standard oder jeder einzelne Kodex die gleiche Bedeutung für jedes individuelle Land hat. Wir sind hier aber dabei, mitzuhelfen, diese Standards umzusetzen durch technische Unterstützung, durch Beratung, und die Überwachung erfolgt dann durch den Internationalen Währungsfond. Ein weiterer Punkt, wo wir Fortschritte zumindest im Verständnis erzielt haben, ist die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Hier hat es vielleicht eine Fehleinschätzung in der Vergangenheit gegeben. Wir gehen heute nicht mehr davon aus, dass man sich zu ehrgeizige Ziele setzen sollte bei der weiteren Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Eine zu schnelle und zu ehrgeizige Liberalisierung könnte eher kontraproduktiv sein, die Finanzmärkte könnten auf Änderungen politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen mit massiven Kapitalumschichtungen reagieren, die ein einzelnes Land dann vor außerordentliche Probleme stellen könnte. Deshalb ist es notwendig, mit der Aufhebung der Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs in den einzelnen Ländern Hand in Hand zu gehen mit der Schaffung der notwendigen Institutionen, mit der Schaffung der notwendigen makroökonomischen Voraussetzungen. Hierzu gehören insbesondere die Herstellung und die Sicherung makroökonomischer Stabilität sowie ein solides Finanzsystem und eine wirksame Finanzmarktaufsicht. Was die Rolle des Privatsektors angeht; hier möchte ich Folgendes doch sagen, dass wir in den letzten Monaten etwas, was die Fortschritte angeht, ins Stoppen geraten sind. Das hat mit einer politischen Dimension zu tun, Caio Koch-Weser hat darauf hingewiesen, aber ich bin zuversichtlich, dass wir zu Beginn des neuen Jahres oder in der ersten Hälfte des neuen Jahres hier doch Fortschritte machen werden. Es gibt hier einen deutlichen Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Mehrheit der anderen G7-Länder. Das reflektiert sich dann auch in der Diskussion im Board des Internationalen Währungsfonds. Die Europäer möchten einen regelgestützten Ansatz, das heißt als Regel, dass in jedem Einzelfall der Privatsektor einbezogen

wird, während die Vereinigten Staaten sich hier mehr politischen Entscheidungsspielraum lassen und von Fall zu Fall entscheiden möchten. Ich glaube aber, wir sind hier auf deutscher und europäischer Seite ganz klar der Meinung, dass wir ein falsches Signal an den Privatsektor geben würden, wenn wir hier nicht ganz deutlich von Anfang an sagen würden, dass wir in jedem Einzelfall ohne Differenzierung des Grundes einer Krise, von der Einbeziehung des Privatsektors ausgehen. Das Gegenargument, das hier gelegentlich genannt wird, ist, dass der Privatsektor oder die privaten Gläubiger eher zurückhaltend sein würden, ihre Kreditvergabe vorsichtiger beurteilen würden und vielleicht auch, wenn sie sich bereits in einem Markt engagiert haben, rascher die Flucht suchen würden für den Fall, dass eine Einbeziehung des Privatsektors droht. Hierzu muss ich sagen, exakt das ist auch gewollt. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass der Privatsektor die Verantwortung auch tatsächlich trägt, die er mit der Vergabe von Krediten eingegangen ist und nicht darauf bauen kann, dass nun mit Mitteln der Steuerzahler hier große Institutionen herausgepackt werden, also das Stichwort bail out bzw. das moral hazard-Problem, das hiermit angesprochen ist. Wir haben auch bereits einige Erfahrungen mit der Einbeziehung des Privatsektors, das sollte man durchaus unterstreichen. Allerdings sind wir hier in der Vergangenheit eher Fall für Fall vorgegangen, und jeder einzelne Fall war auch verschieden. Mexiko war etwas anderes als Korea oder später Indonesien. Aber wir brauchen hier einen Rahmen, insgesamt klare Regeln, dies sorgt auch für Verlässlichkeit, für Berechenbarkeit auf Seiten des Privatsektors, und es könnte allenfalls ein Übergangsproblem entstehen. Aber es muss klar sein, wie die Aufgabenteilung zwischen Privatsektor und öffentlichem Sektor hier ist, dass der öffentliche Sektor nicht so wie dies seit 1995 der Fall war, mit großen finanziellen Volumina den privaten Sektor hier aus dem Markt herauspackt. Was die Collective Action Clauses angeht (es wurde vorhin eine Frage in diese Richtung gestellt), also das war eine Sache der Bundesregierung, die Bundesbank war in diesem Zusammenhang eingeschaltet, es wurde gemeinsam festgestellt, dass nach deutschem Recht solche Collective Action Clauses möglich sind. Sie sind auch bereits nach angelsächsischem Recht jetzt möglich. Also wenn hier internationale bonds gegeben werden, nach deutschem Recht ist die Möglichkeit gegeben, solche Collective Action Clauses aufzunehmen. Es gibt allerdings hier sowohl unter den Gläubigerbanken, also von Seiten des Finanzsektors, als auch auf Seiten der emerging market countries deutliche Reserven, denn es wird befürchtet, dass sich damit die Kreditkosten verteuern könnten. Nur es

gibt bisher keine empirische Evidenz dafür, dass dies der Fall ist. Es gibt einschlägige Untersuchungen in diese Richtung, die dies nicht bestätigt haben. Aber lassen Sie mich hinzufügen, auch wenn dies der Fall wäre, wäre es ein erwünschter Effekt, weil damit die Risiken, die in einem Land nun mal vorhanden sind, besser reflektiert werden, indem ein gewisser Aufschlag auf den Zins vorgenommen wird. Dieser Zins sollte verstanden werden als eine, ich möchte nicht sagen Risikoprämie, aber als eine Versicherungsprämie für das betroffene Land. Es ist damit sicherlich keine Stigmatisierung eines einzelnen Landes verbunden.

Staatssekretär Caio K. Koch-Weser: Aber leider, wenn ich das kurz sagen darf Jürgen, stehen wir relativ allein, mit einer kleinen Gruppe nur.

Sachverständiger Dr. Jürgen Stark: Ich wollte gerade darauf eingehen. Hier zeigen sich die Grenzen der internationalen Kooperation, bei den G7 aber auch in anderen Gremien darüber hinaus. Es gibt auch keinen Konsens unter den Europäern in Bezug auf den Willen, jetzt selbst Vorreiter zu spielen, sich selbst hier als gutes Beispiel darzustellen. Hier geht die Trennungslinie auch zwischen den einzelnen europäischen Ländern, wobei es auf der einen Seite das Vereinigte Königreich ist, aber das weniger, es sind kleinere Länder und es ist ein größeres Land im Süden Europas, die ausländische Emissionen gegeben haben. Nun lassen Sie mich noch kurz etwas zu den Maßnahmen zur Stärkung der makroökonomischen Politik und der Rolle der Zentralbanken und der Aufsichtsbehörden und Geschäftsbanken im Kontext der Finanzarchitektur sagen. Es ist im Grunde genommen eine der letzten Fragen, die hier von der Kommission an die Sachverständigen gerichtet worden ist. Zur makroökonomischen Politik: Was ist notwendig zur Stärkung dieser Politik, was ist notwendig zur Stärkung der Finanzsysteme? Hier als erstes die Entwicklung eines soliden, stabilen Bankensystems, dies ist das Nonplusultra. Die Finanzkrisen in Südostasien wären nicht so ausgefallen, ganz zu schweigen von der Entwicklung später 1998 in Russland, es hätte nicht eine so dramatische Entwicklung in diesen Ländern gegeben, wenn es dort solide und stabile Bankensysteme gegeben hätte, wenn effiziente Institutionen aufgebaut worden wären und wenn es funktionierende effiziente und transparente Aufsichtsinstitutionen auf die Strukturen gegeben hätte. Dies ist der ganz entscheidende Punkt in Verbindung mit einer klaren Strategie, eine disziplinierte Haushaltspolitik zu verfolgen, und natürlich ist ein weiterer Pfeiler in der ma-

kroökonomischen Politik die Zentralbankpolitik, hier erforderlich eine unabhängige Zentralbank, die auf Preisstabilität verpflichtet ist. Auch dies ist nicht in allen Ländern bisher der Fall. Jedenfalls ist eine verlässliche, eine transparente Politik in diesen Ländern erforderlich. Ganz wesentlich ist es, aus den Erfahrungen der letzten Krisen zu lernen, die Gründe wirklich zu verstehen, die in erster Linie - das ist meine persönliche Meinung - darin gelegen haben, dass es auf nationaler Ebene unzureichende Vorkehrungen gegeben hat auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung, die man selbst strategisch ausgerichtet hat. Wenn man zusammennimmt, im Grunde genommen in einem Satz das gesamte Dilemma der Krisen 1997/98 zu beschreiben, kann man sagen, es hat daran gelegen, dass vor dem Hintergrund nicht solider, nicht stabiler Bankensysteme langfristige Investitionen kurzfristig finanziert worden sind und dies bei einem festen Wechselkurs, gebunden an den US-Dollar. Als der US-Dollar sich dann in eine nicht gewünschte Richtung entwickelte, kam das ganze Dilemma zum Vorschein.

Nun was können die Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Geschäftsbanken tun? Lassen Sie mich dies ganz kurz in wenigen Sätzen sagen. Sie finden dies in erster Linie auf den Seiten 16 bis 18 meines Papiers, aber ich will es in wenigen Sätzen sagen. Der ganz entscheidende Punkt liegt bei den Geschäftsbanken, die interne Verfahren haben müssen, die für die Risikovorsorge, für die Risikokontrolle. Es geht hier um die Eigenkapitalunterlegung dessen, was an Ausleihungen vorgenommen wird. Also zunächst mal die eigene interne Kontrolle bei den Geschäftsbanken selbst, aber lassen Sie mich darüber hinausgehen, es sind ja nicht nur die Banken, sondern auch andere Institutionen des Finanzsektors. Zweitens: Die Aufsichtsbehörden – hier brauchen wir unabhängige effiziente Aufsichtsbehörden mit der entsprechenden Expertise. Sicherlich ist es erforderlich, hier sehr nahe an den Institutionen zu sein, die zu beaufsichtigen sind. Das heißt, wir müssen sowohl auf der nationalen Ebene präsent sein als auch supranational und international kooperieren. Auf der nationalen Ebene in den Industrieländern ist dies weitestgehend kein Problem. Obwohl wir vor zwei Jahren erfahren haben, dass auch Länder, große Industrieländer, die von sich selbst behaupten, dass sie ihre Aufsicht in einer perfekten Struktur zusammengefasst haben, dass auch dort - LTCM nur als Beispiel - solche Defizite vorkommen. Wichtig ist, dass insbesondere in den Schwellenländern effiziente Aufsichtsstrukturen aufgebaut werden. Dies bedarf sicherlich der weiteren Beratung, der technischen Hilfe. Was die supranationale oder internationale Koordinierung/Kooperation angeht, das heißt,

dass man gemeinsamen Standards folgt, hier hat der Baseler Ausschuss für die Bankaufsicht wichtige Vorarbeiten geleistet, hier haben wir die Core Principles für eine effiziente Bankenaufsicht. Aber darüber hinaus z.B. im Falle Europas ist es ja nicht so, dass die Bankenaufsicht allein auf nationaler Ebene durchgeführt wird, sondern es gibt eine enge Koordinierung. Wir haben Richtlinien auf europäischer Ebene, die für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union maßgeblich sind, und es gibt regelmäßige Kontakte, praktisch monatlich, und auch im Falle einer Krise wird sofort eng koordiniert und kooperiert. Im Übrigen teile ich die Meinung nicht, dass die Deutsche Bank in Frankfurt mit weniger Personal kontrolliert wird als dies in New York beispielsweise der Fall sein dürfte. Noch haben wir ein Regime im Augenblick in Deutschland, ein System des Zusammenwirkens zwischen Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und der Deutschen Bundesbank. Wenn diese 1,5 Personen, die die Deutsche Bank kontrollieren, genommen werden, dann betrifft dies nur das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen. Ich möchte aber hinzufügen, dass die faktische Kontrolle vor Ort durch die Landeszentralbanken, durch die Deutsche Bundesbank erfolgt, und dies sind nun weiß Gott mehr als nur 1,5 Kontrolleure auch bei der Deutschen Bank, nur um dies hier klarzustellen. Die Zentralbanken selbst, sofern sie nicht Aufsichtsbehörden sind (Es wäre wünschenswert, dass jetzt bald eine politische Entscheidung getroffen wird, dass wir hier auch Klarheit in Deutschland haben, wie das in Zukunft strukturiert sein soll), und das ist in der Mehrzahl der Fälle hier in Europa gegeben, tragen über die Geldpolitik letztlich Verantwortung für die finanzielle Stabilität. Dies ist eine wichtige Aufgabe, die auch im Maastricht-Vertrag festgeschrieben worden ist und insoweit geht es darum, intern Klarheit zu haben, aber die Regeln nicht auszubuchstabieren, in welchem Krisenfälle nun tatsächlich möglicherweise eine Zentralbank für den Fall, dass ein Institut in eine Schieflage gerät, reagieren könnte. Hier geht es darum, eine konstruktive Mehrdeutigkeit für diesen Punkt zu wahren. Lassen Sie mich ganz kurz nur noch darstellen - ich hatte ein Statement vorbereitet, in dem 9 Thesen zusammengetragen worden sind -, was aus unserer Sicht die Rollen von IWF und Weltbank sind. Ich will das ganz kurz tun, ich kann auch, wenn es gewünscht wird, mein Statement hier lassen. Ich glaube, dass wir gerade in einem zunehmend globalisierten Umfeld starke internationale Institutionen wie IWF und Weltbank brauchen, und dies nicht nur, weil es diese Institutionen gibt, sondern weil diese beiden Institutionen öffentliche Güter produzieren, die vom Markt aus nicht „produziert“ werden, sondern von öffentlichen Institutionen bereitgestellt

werden sollten. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen, weil dies in der Diskussion und in den Fragen offenbar nicht ganz klar zum Ausdruck gekommen ist, wir möchten eine klare Trennung der Mandate, eine klare Mandatsfestschreibung für IWF und Weltbank. IWF als monetäre Institution, zuständig für die makroökonomische Überwachung und Beratung, und die Weltbank als Entwicklungsorganisation, zuständig für die längerfristige Finanzierung konkreter Entwicklungsprojekte. Diese Arbeitsteilung bedarf einer engen Kooperation dahingehend, dass sich beide Institutionen wirklich ergänzen, das heißt komplementär wirken und nicht, wie es in der Vergangenheit gelegentlich der Fall war, gegeneinander zu arbeiten oder miteinander zu konkurrieren. Allerdings finden Aktivitäten von IWF und Weltbank dort ihre Grenzen, wo sie Marktlösungen behindern oder gar ersetzen und in Rechnungskompetenzen der Mitglieder selbst eingreifen. Dies betrifft auch die Zahl der Konditionen, die Vielzahl der Auflagen, die gemacht werden, die z.B. mit dem IWF als eine monetäre Institution nicht mehr unbedingt etwas zu tun haben. Ich möchte hier daran erinnern, dass weder IWF noch Weltbank eine politische Verantwortung, ein politisches Mandat haben. Das politische Mandat liegt bei den shareholders, bei den Anteilseignern beider Institutionen. Unterstreichen möchte ich, dass Krisenprävention Vorrang vor der Krisenbewältigung hat, dass die Transparenz die internationale Finanzarchitektur stärkt und dass die Einbeziehung des Privatsektors ein ganz entscheidender Punkt ist, dass der IWF kein Kreditgeber der letzten Instanz ist, der in jedem Krisenfall, in jeder Liquiditätskrise praktisch in unbegrenzter Höhe Kredite gewährt. Hier muss es darum gehen, den Einsatz von öffentlichen Mitteln zu begrenzen. Vielen Dank.

Vorsitzender: Herzlichen Dank Herr Dr. Stark. Herr Koch-Weser hat um eine ganz kurze Ergänzung gebeten.

Staatssekretär Caio K. Koch-Weser: Ich wollte eigentlich nur das, was Jürgen Stark zu der zentralen Bedeutung des Bankensektors gesagt hat, was natürlich ganz eminent wichtig ist, aus aktuellem Anlass unterstreichen im Falle Russland. Wir haben ja jetzt eine Arbeitsgruppe, die Präsident Putin und Kanzler Schröder eingesetzt haben, wo wir uns auch gerade über die Gesundheit des russischen Finanzsektors unterhalten und was deutsche Banken, auch die Bundesbank oder deutsche Stellen in dem ganzen Spektrum von technischer Kooperation bis hin zum Engagement deutscher Banken leisten können. Aber, warum ich das sagen wollte, wir machen

uns schon Sorgen, dass in dem sog. Gref-Programm zwar für Russland auch die Reformen der Banken, des Finanzsektors groß geschrieben sind, aber die russische Zentralbank, die auch sehr unabhängig ist, hier nicht so recht mitmacht und damit Reformen, die eigentlich in den nächsten 1 bis 2 Jahren stattfinden sollten, wie uns gerade letzte Woche, als die russischen Minister hier waren, bedeutet wurde, über 5 Jahre stattfinden. Die russische Zentralbank ist Notenbank, ist Aufsicht und Eigentümerin von vielen Banken gleichzeitig. 90 Prozent der Spareinlagen der russischen Sparer sind bei der Sberbank, und wir haben viele andere Probleme. Ich wollte das nur mal sagen als konkretes Beispiel, weil vorhin so oft aufkam, was können wir jetzt in guten Zeiten tun. Russische Bankenreformen sind hier ganz hoch auf der Agenda, und ich hoffe auch, dass der Bundeskanzler das zur Sprache bringt, wenn er Anfang Januar wieder in Moskau ist. Hier sind wir natürlich eng mit IWF und Weltbank in der Zusammenarbeit. Wir können natürlich nur einen kleinen Beitrag leisten, aber vielleicht auch politisch-strategisch einen ganz wichtigen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, das kann man nur unterstreichen. Die meisten Menschen im Land kennen die Bundesbank, die Weltbank, fast alle auch den IWF, aber nicht sehr viele kennen die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bei uns im Land. Prof. Giovanoli ist der zentrale Rechtsberater dieser Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und wir haben ihn eingeladen, u.a. ist ja auch das Forum für internationale Finanzstabilität bei ihnen angesiedelt. Herr Giovanoli, Sie haben das Wort und Sie haben uns einige Bilder mitgebracht.

Sachverständiger Prof. Dr. Mario Giovanoli: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wie bereits dargelegt wurde, haben die sog. internationalen Finanzstandards im Rahmen der Vorbeugung von Finanzkrisen eine ganz besondere Bedeutung erlangt und eigentlich weiß niemand so genau, um was es sich handelt. Das ist wie der Dollar oder vielleicht der Euro, wenn ich einen sehe, so weiß ich, dass es einer ist, aber was das Wesen eigentlich ist, das weiß man nicht so genau. Das Thema wurde auch nicht besonders behandelt, man hat sich auch nicht darum gekümmert, wie die zustande kommen, woher sie kommen, warum man sie braucht usw.. Nicht etwa das die quantitativ unbedeutend wären. Howard Davids, der Vorsitzende der englischen Financial Services Authority, hat sich kürzlich darüber beklagt, dass seine Behörde, die also die gesamte Finanzmarktaufsicht, Bankenaufsicht, Versicherungen und alles

unter sich hat, momentan in 77 verschiedenen Arbeitsgruppen beteiligt sei. Sie können sich vorstellen was das bedeutet; ich nehme an, wenn man die Bundesbank und die verschiedenen deutschen Aufsichtsbehörden zusammenzählt, dass es ganz ähnlich aussieht, und alle diese Leute produzieren internationale Finanzstandards. Es gibt also neben diesen 77 Gremien ca. 65 Standards, es sind aber nur die, die beim Financial Stability Forum auch registriert sind. Hier haben Sie die Kurzliste der 12 sog. „Key Standards“, die zwar nicht alle existieren, die nicht unterstrichenen existieren noch nicht, wenn man die volle Liste nimmt, dann sind es 66. Für die, die die Unterlagen nicht haben, gibt es eine website, die www.fsfforum.org, da können Sie die also laufend abrufen und es gibt alle Tage neue. Also insgesamt ist das ein riesiger Korpus, der mindestens 5000 Seiten umfasst, ich rechne sehr konservativ, mit den Erläuterungen dürften es eher gegen 7000 bis 8000 sein. Das stellt natürlich die Frage, wenn man so weiterproduziert, wer soll das umsetzen?

Jetzt eigentlich die erste Frage. Warum sind diese Standards so wichtig geworden? Wenn Sie mir gestatten, um das anschaulich zu gestalten, woher kommen wir und in welcher Situation befinden wir uns jetzt? Also im Bretton Woods System war das eigentlich relativ einfach konzipiert, es war stark institutionalisiert, die Volkswirtschaften waren mehr oder weniger geschlossen, auf keinen Fall so globalisiert wie heute, und es gab fixe Wechselkurse. Im Wesentlichen genügten die nationalen Regelungen im jeweiligen nationalen Wirtschaftsraum. Der Kontrast mit der heutigen Situation könnte nicht stärker sein. Das ist also ein globales System von Märkten, die von einem Ort in den anderen fließen, Sie sehen, dass es dort eine ganze Anzahl Institutionen hat, nicht nur eine einzige, auf dem das ganze System ruht. Sie sehen den Währungsfonds und die Weltbank, Sie sehen auch einige Offshore-Zentren, einige unter Palmen und andere in Tannenwäldern, Sie sehen auch einige Haie usw.. Sie sehen da neben den anderen institutionalisierten Organisationen auch die BIZ und OCDE erwähnt, und dann die verschiedenen Gruppen: Basler-Komitee, CPSS, die Versicherungsbehörden und die Financial Action Task Force (FATF), IOSCO, die sind in Madrid zur Zeit beheimatet, das sind die Finanzmarktbehörden und dann das Financial Stability Forum, auf das ich zurückkommen werde. Sie sehen, es gibt keine Institution mehr, die eine globale Verantwortung für alles hätte. Es gibt dann eine ganze Anzahl guter Feen, die sich über die Wiege des globalen Finanzmarktes bücken. Sie sehen auch, die Finanz-, die Kapitalflüsse können regelmäßig oder unregelmäßig sein und sind eventuell auch nicht voraussehbar. Was man hier sagen soll,

das Schlagwort „Internationale Finanzarchitektur“ ist eigentlich irreführend. Es vermittelt die Idee, dass sie so etwas haben wie – nehmen wir das Beispiel des Reichstages mit einem Haupteingang, einem Südflügel, einem Ostflügel, eine Kuppel darauf, vor allem die Kuppel fehlt hier total. Es ist also mehr eine Baustelle als etwas anderes. Und die Kuppel, wenn es eine wäre, wäre sie auf keinen Fall gläsern, nämlich das System ist nicht transparent. Das ganze System hat sich im Übrigen spontan entwickelt durch das Zusammenwachsen der Märkte, einerseits rechtliche oder regulatorische Gründe, die deregulation, dass die verschiedenen Schranken gefallen sind, andererseits die technologischen Gründe, dass also durch die Entwicklung der Computertechnologie und der Telekommunikation die Grenzen von Zeit und Ort faktisch aufgehoben sind, so dass die Ströme in einer Sekunde um die Erde kreisen können. Das bringt natürlich gewaltige Chancen mit sich, aber auch gewaltige Risiken. Wenn man die rechtliche oder staatliche Infrastruktur anschaut, sehen Sie hier wie die vernetzte Welt aussieht und die Gründe sind kurz angeführt. Sie sehen, dass Sie in scharfem Kontrast zu dieser vernetzten Welt eine Fragmentation haben. Ich habe das Puzzlebild genommen, weil die Grenzen ohnehin ständig wechseln, also das heißt, sie haben zur Zeit verschiedene Währungen (das ist hier eine Ausnahme, dass in Europa die Währungen zusammenwachsen mit anderen Problemen), sie haben verschiedene Aufsichtsbehörden, sie haben unterschiedliche Steuerbehörden und Steuersysteme übrigens auch noch, sie haben verschiedene Rechtssysteme, und zwar nicht nur im Zivil- und Handelsrecht, sondern sogar die Kollisionsregeln zwischen den verschiedenen Rechtsordnungen sind national und alles andere als harmonisiert, dann die Konkursordnungen und dann vor allem noch andere Gerichte ohne ein Dach eines internationalen Gerichtes. Es ist noch zu sagen, dass die Rechtsordnungen recht unterschiedlich sind, gewisse Länder habe eine lange alte Tradition mit Institutionen, die gut funktionieren. Andere Länder gab es vor 10 Jahren noch nicht auf der Landkarte. Die mussten buchstäblich aus der Wüste rausgestampft werden und die haben natürlich nicht die Solidität der Institutionen, wie man sie hier zu Lande kennt, das ist kein Vorwurf, das erklärt aber, warum man nicht alles gleichsetzen kann. Die Institutionen sind eben einmal nicht gleichwertig. Deshalb das Problem, was passiert, wenn man die Grenzen öffnet? Dann haben sie gewisse Rechtsordnungen, wo es gut funktioniert und andere, bei denen es quasi nichts gibt oder alles noch im Aufbau begriffen ist. Die rechtliche Basis von alledem hat sich eigentlich mehr oder weniger von selbst gebildet, es gibt da keine Konstruktion. Ich

würde von rechtlichem Existenzialismus sprechen: ich bin, was ich tue und Sie werden sehen, dass das bei diesen Gremien auch zutrifft. Jetzt das Problem: Offene Wirtschaftsräume, also Dominoeffekt, Ansteckungsgefahr, die Schwachstellen, die schwächste Stelle in einem Land könnte sehr gut als Anknüpfungspunkt für eine Krise da sein und die Krise könnte durch den Dominoeffekt (ich gehe gleich weiter darauf ein, es dürfte Ihnen allen bekannt sein) könnte global werden. Das rechtliche Problem hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Situation im gemeinsamen europäischen Markt, und ich glaube, man sollte daraus lernen. Wir haben einen mehr oder weniger globalen Finanzmarkt. Wir haben nicht 15, sondern 200 unterschiedliche Rechtsordnungen. Wir haben keine globale Überwachung. All das trifft auf die EU zu, genauso wie auf den globalen Finanzmarkt. Es gibt aber gewichtige Unterschiede. Zunächst gibt es im Rahmen des globalen Finanzmarktes im Gegensatz zur EU keine oder wenig gemeinsame Strukturen. Es gibt keine verbindlichen Richtlinien. Die Richtlinien, wenn man von den Empfehlungen spricht, von International Financial Standards, sind unverbindliche Empfehlungen, ich komme noch darauf zurück. Und wir leben in einer vollkommen heterogenen Welt im Gegensatz zu Europa, wo eine gewisse Konvergenz die Voraussetzung des Zusammenwachsens bildet. Also die Welt ist heterogen wirtschaftlich, sozial, politisch in den Zielsetzungen. Es ist noch daran zu erinnern, dass es im Prinzip keine völkerrechtliche Verpflichtung zur Teilnahme am internationalen Wirtschaftsverkehr gibt. Selbstverständlich haben es fast alle gemerkt, dass es ein Vorteil ist, wenn man mit den anderen handelt, wenn man im internationalen Wirtschaftsverkehr teilnimmt. Immerhin heißt das, dass niemand verpflichtet ist, daran teilzunehmen und insbesondere auch niemand dazu verpflichtet ist, Mindestnormen oder Standards zu übernehmen, wenn ihm die nicht passen. Wir haben also eine Situation, die auf dem traditionellen Nationalstaat fußt, die in scharfem Kontrast steht zur Finanzwirklichkeit. Jetzt standardsetzende Gremien: Wer befasst sich mit der Standardsetzung? Wir haben einerseits die Institutionen, d.h. internationale Organisationen, die völkerrechtlich fundiert sind, die in unterschiedlichem Maße daran teilnehmen. Sie haben auf der anderen Seite die verschiedenen spontanen Gruppierungen, die eigentlich nicht auf einer völkerrechtlichen Basis fundiert sind, sondern den entsprechenden exklusiven Charakter von Clubs haben, und je nachdem kann man sich auch fragen, wie die zusammengesetzt sind. Die Group of Twenty-Two (G 22) ist nur historisch erwähnt, ist der Vorläufer der 20er Gruppe. Wenn man das der zeitlichen Reihenfolge nach erwähnt, wenn man da rationell ei-

nen Grund zur Zusammensetzung sucht, könnte man sagen: Die 10er Gruppe, das sind mögliche Kreditgeber in Krisenfällen, das sind also die trouble shooters und die 7er Gruppe sind die, die sich als wichtigste Länder im wirtschaftlichen Bereich betrachten. Die 20er Gruppe das sind die 7er Gruppe plus die trouble makers in einem gewissen Sinn, und zwar nicht etwa Länder, die dazu beitragen könnten, eine Krise zu bewältigen, sondern solche, die man in den Prozess einbinden will, weil man denkt, von diesen Ländern könnten die Krisen ausgehen. Zum Beispiel Russland, Brasilien, Mexiko, das sind alles Krisenherde, wenn man das historisch anschaut, nicht heute, aber sie sind es gewesen. Also die Zusammensetzung dieser Gruppen ist nicht immer leicht verständlich, ich komme noch darauf zurück. Es gibt daneben noch weiteres: Sie haben alle diese Expertengruppen, die eigentlich die Arbeit machen. Da haben sie die verschiedenen sektorellen Aufsichtsbehörden, Basler Komitee für Banken, Finanzmarktaufsichtsbehörden und Versicherungsaufsichtsbehörden in vollkommen unterschiedlicher Zusammensetzung, wie wir sehen werden. Dann haben wir Zentralbankexperten, von denen vor allem das Komitee CPSS über die Zahlungssysteme von Bedeutung ist. Dann haben wir die Financial Action Task Force, die von der G7 eingesetzt wurde und etwa über 30 Mitglieder hat, und dann haben wir das Financial Stability Forum, auf das wir noch zurückkommen werden. Dann im nächsten Bild sehen Sie noch weitere Institutionen, z.T. private, und zwar Berufsverbände. Die spielen eine wichtige Rolle zur Ausarbeitung, z.B. der Grundsätze der Rechnungsführung, Rechnungslegung und dann der Rechnungsprüfung. Das ist ganz grundlegend, nämlich die allerbesten Eigenkapitalnormen helfen gar nichts, wenn die Rechnungslegung nicht stimmt und wenn sie nicht vergleichbar ist, und das ist sie nun einmal nicht oder noch nicht. Es werden Fortschritte gemacht, aber das wird von privaten Gremien, die die nötige Fachkenntnis besitzen, gewährleistet. Dann Marktverbände, die machen diese verschiedenen master contracts, master agreements. Das sind eigentlich Musterverträge, die in ganz wesentlichen Gebieten in den Milliardenverträgen, die nötige Rechtssicherheit schaffen und auch da zur Stabilität beitragen. Schließlich haben sie die verschiedenen Organisationen, die der Rechtsvereinheitlichung dienen und insbesondere einen ganz gewichtigen Beitrag zur Sicherheit leisten. Zum Beispiel UNCITRAL: Mustergesetz über internationale Überweisungen (international credit transfers) und Musterkonvention für internationale Konkurse. Ganz wesentlich, dass das Konkurswesen mindestens gewissen Minimalstandards genügt. Jetzt in der anderen Folie sehen Sie die Überschneidun-

gen der verschiedenen Gruppen. Hier sehen Sie, wie seltsam das aussieht. Das sieht so aus wie moderne Mathematik, erinnert sehr stark an die Mengenlehre mit den Überschneidungen. Sie sehen hier, dass es einzelne Überschneidungen gibt, die G7 sind überall dabei, bei anderen fragt man sich manchmal, warum sie manchmal drin, manchmal draußen sind. Die Zusammensetzung ist sehr unterschiedlich, die Infrastruktur dieser Gruppen ist auch anders, vielleicht wenn Sie die nächste Folie zeigen, sehen Sie da, wie oft die zusammen kommen. Es ist hier zu sagen, dass die glücklichen Gruppen über ein funktionierendes Sekretariat verfügen, z.B. die G10 haben ein gutes Sekretariat, die G20 scheinen in der Infrastruktur noch etwas schwach zu sein. Die Standing-Komitees, also das Basler Komitee und das Komitee über Zahlungssysteme haben Sekretariate, die von der BIZ bezahlt werden, also gratis, das ist eine Geste zur internationalen Finanzstabilität. Das Financial Stability Forum wird auch von der BIZ bezahlt, das hat zwar niemand je beschlossen, aber die BIZ hat es verstanden, dass man von ihr erwartet, dass sie zahlen würde. Vielleicht die nächste Folie ist sehr interessant, sie zeigt reporting lines und die Anzahl der Länder, die darin vertreten sind. Sie sehen, das FATF hat 26 Mitglieder und eine reporting line zum G7, das FSF hat 11 Länder und die IFIs, die entsprechen nicht den 11 Ländern vom CPSS und den 12 vom Basler Komitee, die haben noch Luxemburg drin. IOSCO hat 70 Mitglieder. Warum sollen bei dem Basler Komitee über Banken nur 11 Länder vertreten sein, bei den Finanzmarktorganisationen 70 und bei den Versicherungen 90? Das zeigt, dass eine gewisse Inkohärenz besteht, auch die reporting lines sind seltsam. Der IOSCO und die Versicherungsbehörden, das sind eigentlich ursprünglich Vereine gewesen, die haben das im Verband selber kreiert und die wurden nicht von jemandem aufgesetzt, im Gegensatz zum Basler Komitee, das eine Kreation der G10 ist. Was sie tun, da verweise ich Sie auf die Liste vom Financial Stability Forum. Es berührt sehr wesentliche Aspekte, z.B. Aufsichtsbehörden, wie sie organisiert werden sollen, die Minimalstandards und alles mögliche, Eigenkapitalmittel, wie man Geldwäsche bekämpft usw.. Das Financial Stability Forum wurde dazu kreiert, eine gewisse Koordinierung zwischen den verschiedenen Gremien herzustellen, hat sich aber inzwischen auch zu einem standardsetzenden Gremium gemausert im gewissen Sinne. Wenn Sie die nächste und letzte Folie zeigen, sehen Sie, dass es bereits Untergruppen beim Financial Stability Forum gibt, auch einige von den 77, und im Grunde genommen statt zu koordinieren und die Umsetzung dieses Standards in die Wege zu leiten, produziert das Financial Stability Fo-

rum selber auch schon wieder Standard, wie Hedge-Fonds für Offshore-Zentren mit den Notierungen usw..

Damit sind die Folien beendet, aber ich habe noch einige Bemerkungen zu machen. Wie ist das gesetzgeberische Verfahren? Ganz anders als in einem Land oder wie Sie es gewohnt sind. Es gleicht nicht dem Verfahren, das in Parlamenten üblich ist. Es ist eine Ausarbeitung durch spezialisierte Expertengruppen. Man weiß nicht immer genau wie sie sich konstituiert haben, entweder selber wie IOSCO, oder durch die G10, wie das Basler Komitee usw.. Das Reporting ist auch nicht immer sehr klar. Die Präzision der verschiedenen erarbeiteten Texte entspricht oft nicht dem was man von einem Gesetz verlangt. Vieler dieser Texte - da hat es große Fortschritte im Basler-Komitee gegeben - diese von Expertengruppen erarbeiteten Prinzipien werden interessierten Kreise unterbreitet, was sehr von Nutzen ist. Dies gilt aber nicht im gleichen Maße für die Standards, die von anderen Gremien erarbeitet werden. Denn von wem werden sie abgesegnet? Das ist sehr unterschiedlich, z.B. die Empfehlungen des Basler-Komitees werden abgesegnet von den Zentralbankpräsidenten der G10, also von diesen 11 Zentralbankpräsidenten. Das ist aber seltsam, nämlich in einer Hälfte der Fälle haben die Zentralbanken keine Kompetenz als Bankenaufsichtsbehörde. Es ist also auch eine Anomalie. In anderen Fällen weiß man es nicht recht. Das Financial Stability Forum hat offenbar noch nicht genau gefunden, von wem es die verschiedenen Standards absegnen lassen sollte, wahrscheinlich von G7, aber es sucht eine weitere Legitimation. Wer beschließt die Aufnahmen in das Kompendium des FSF? Das Financial Stability Forum hat große Verdienste, dass man überhaupt eine Übersicht hat, das hatte man vorher nicht. Wer beschließt, ob die verschiedenen Standards gut genug sind? Was ist die Legitimation, die sagt, das ist ein wünschbarer Standard oder das ist er nicht? Dann kommt das Problem der Umsetzung. Es ist eben so genanntes soft law, also weiches Recht, d.h. non law für den Juristen. Es sind unverbindliche Empfehlungen, die auf einem Konsens beruhen, und die im Gegensatz den Richtlinien der EU stehen, die von den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssen. Deshalb braucht es Anreize, um sie umzusetzen. Da gibt es Marktanzreize, soweit der Markt überhaupt informiert ist über das, was passiert. Dann kann er besser Konditionen machen. Da sind Fortschritte zu verzeichnen, aber es ist sicher noch nicht genügend systematisch. Dann gibt es so genannte offizielle Anreize, z.B. kann man sich das ja vorstellen, wenn du in deinem Lande Ordnung schaffst, dann kannst du mit deinen Finanztransaktionen auch zu uns kommen, d.h.

jedem Land steht es frei, seine Grenzen zu öffnen oder weniger zu öffnen. Man kann es auch nur denen selektiv oder zu besseren Konditionen öffnen, die im eigenen Hause Ordnung geschafft haben und die also nicht Gefahrenherde darstellen. Dann die Kontrollmechanismen, die vor allem im IWF und bei der Weltbank eingebaut sind. Hier wurde schon sehr viel geleistet. Ich finde es sehr wünschenswert, dass die Artikel-IV-Konsultationen auch veröffentlicht werden, dass sie systematisch darauf eingehen. Dann hat es auch noch die ROSCs, diese Länderfallstudien des IWF, die zum Teil experimentell sind und dann hat es noch die Financial Sector Assessment Programs gemeinsam von der Weltbank und vom Währungsfonds, und das ist sicher sehr nützlich, und ich glaube, das sollte weiterentwickelt werden. Es hat aber verschiedene Probleme, wie z.B. eben das der Legitimation der Gruppe, der Akzeptanz dieser Normen, die Umsetzung habe ich bereits erwähnt. Die Frage ist, wie soll es weiter gehen? Vereinzelt, z. B. in Cambridge wurde es von verschiedenen Volkswirten, nicht von Juristen angeregt, man solle eine internationale Finanzbehörde kreieren. Ich glaube nicht, dass das realistisch ist, und ich glaube auch nicht, dass es wünschenswert wäre. Hingegen weiß ich nicht, ob das Weiterführen des jetzigen pragmatischen Vorgehens allein genügt. Sicher sind die Vorzüge des jetzigen Systems beträchtlich, zunächst dass es existiert, ist schon gewaltig. Die Leute sind zweifellos fachlich kompetent, das ist nicht zu unterschätzen. Die Regeln, die ausgearbeitet werden, sind flexibel, weil man sich am Markt und an den Bedürfnissen der sich immer weiter entwickelnden Finanzmarktsituation orientiert und der Leistungsausweis ist beeindruckend. Genügt es so? Ich weiß es nicht. Ich befürchte, wenn man da nicht früher oder später rechtliche Rahmenbedingungen schafft, indem es immerhin eine Art Sekretariat - ich spreche nicht von einer Riesenorganisation - gibt, die etwas mehr Kompetenz als das Financial Stability Forum hat, etwas offizieller ist, die allen Ländern in einer Form Zugang zu diesem Gremien gestattet und nicht nur einzelnen und die auch die Transparenz und die nötige Kontrolle zur Umsetzung schafft. Vielen Dank.

Vorsitzender: Sehr herzlichen Dank, Herr Prof. Giovanoli. Ich muss jetzt leider Frau Ministerin Wieczorek-Zeul und Herrn Staatssekretär Koch-Weser verabschieden, die beide noch wichtigen Terminen nachgehen müssen, u.a. mit hohen Gästen von den Vereinten Nationen, und bedanke mich noch einmal recht herzlich. Wir haben jetzt vielleicht noch eine halbe Stunde Zeit, um die beiden sehr wichtigen und inhaltsrei-

chen Referate zu diskutieren. Wer wünscht das Wort? Also erst einmal bitte Frau Lötzer, die vorhin extra zurückgezogen hat, und dann bitte Prof. Altvater, Frau Skarpelis-Sperk, Herr Paqué, Herr Huffschmid und Herr Baumann. Frau Lötzer, bitte.

Abg. Ursula Lötzer (PDS): Herr Giovanoli, vielen Dank für diese Folien, um ein bisschen Aufhellung in dieses Gewirr und Gestrüpp der Institutionen und standardsetzenden Gremien reinzubringen, aber natürlich wirft Ihre Darstellung es erst recht die Frage der Demokratie und Legitimation von solchen standardsetzenden Gremien auf, weil sowohl die Beteiligung der Entwicklungsländer an Entscheidungen wie aber auch die Entscheidung von demokratisch gewählten Vertretern in solchen Fragen überhaupt nicht mehr stattfindet. Es geht ja aber um Entscheidungen, die durchaus die Menschen in ihrem Leben betreffen, ob es eine Finanzmarktkrise gibt, welche Maßnahmen dafür getroffen werden etc., das heißt, wie kann man es in einen Rahmen auch bringen, der das Ganze auch wieder einer Demokratie unterwirft? Experten sind ja sehr hilfreich dabei, aber sind eben keine demokratischen Entscheidungsträger und können es nicht sein. Wäre es nicht Ihrer Auffassung nach eine Möglichkeit - Sie sprachen ja durchaus davon zu sagen, es muss verbindliche rechtliche Regelungen geben -, dass gerade die EU hier auch eine Rolle übernehmen könnte, bestimmte Standards tatsächlich in rechtliche Regelungen zu überführen, in Form von Richtlinien. Wäre dies eine der Möglichkeiten, um in diesem Prozess voranzukommen, auch wo sich dieser IWF-Reformprozess doch eher im Schnecken-tempo praktisch vollzieht? Das wäre die eine Frage. Die zweite Frage auch an Sie, wie beurteilen Sie die Rolle von Offshore-Zentren, Hedge-Fonds und welche Rolle beispielsweise die BIZ in Richtung einer Regulierung spielen könnte und wahrnehmen könnte?

Herr Stark auch zu Ihnen, Sie sprachen ja sehr stark von der ganzen Frage, dass man die ehrgeizige Zielsetzung der forcierten Liberalisierung doch eher etwas zurücknehmen müsse und nicht weiter forcieren solle. Die Frage ist doch eher, ob nicht im stärkerem Umfang als bisher eine Reregulierung auch wieder fällig wäre? Meine Frage an Sie, die Sie auch beschrieben haben, nämlich der kurzfristigen Kapitalzuflüsse für langfristige Investitionen. Das wirft ja immer wieder die Frage nach der Notwendigkeit von Kapitalverkehrskontrollen auf, das würde mich interessieren, wie Sie dazu stehen. Die zweite Frage auch noch. Sie sprachen von der Verantwortung der Zentralbanken für die finanzielle Stabilität. Jetzt ging praktisch parallel zu der

EZB-Stützungsmaßnahme für den Euro durch die Zeitung, dass die Citybank mit bestimmten Spekulationen genau diese Stützungsmaßnahmen in einem bestimmten Umfang hintertrieben habe. Das wirft ja zumindest auch wieder die Frage auf, zu der es praktisch noch keinerlei Fortschritte gibt, der Einschränkung von Währungsspekulationen. Die Frage auch, welche Position Sie in dem Rahmen dazu beziehen, gerade aus der Sicht einer Verantwortung auch der Banken? Die nächste Frage ist ja die Frage der institutionellen Anleger. Es gewinnen ja zunehmend nicht nur die Banken, sondern in den ganzen Fragen treten ja zunehmend Fonds, Rentenfonds, Investitionsfonds, die ganzen Fragen auch der Rating-Agenturen mit auf den Plan bis hin dazu, dass Unternehmen selber immer massiver tätig werden als Akteure auf den Finanzmärkten. Wie sollen die Ihrer Auffassung nach in ein Aufsichtssystem einbezogen werden, damit praktisch auch da eine bessere Aufsicht gewährleistet ist? Zu der Frage der Rating-Agenturen, die ja zunehmend im Rahmen der Deregulierung eine Bonitätsprüfung abgeben, unterstellt all meine Fragen der Demokratie, weil die entscheiden dann mit ihrer Bonitätsprüfung sozusagen, wohin Kapital dann fließt, was ja für Entwicklungen was zu sagen hat. Zum anderen aber auch wirken die nicht gerade auch in Krisen oft verschärfend, indem sie nämlich durch eine bestimmte Rauf- oder Herabsetzung in diesen ganzen Bonitätsprüfungen zusätzlich praktisch eher Kapitalbewegung forcieren in eine Richtung, die eher krisenverschärfend wirken kann. Soweit erst einmal.

Vorsitzende: Herr Altvater, dann Frau Skarpelis-Sperk.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Elmar Altvater: Ich stelle nur eine Frage, weil jetzt schon so viele gestellt worden sind, und zwar ist mir ein gewisser Widerspruch aufgefallen zwischen Herrn Koch-Weser und Ihnen, Herr Stark. Herr Koch-Weser hat davon gesprochen, dass Krisen durchaus wiederkommen werden, nicht auszuschließen sind, und Sie haben doch wohl sehr viel mehr auf die Regularien gesetzt und deren Effekte im Hinblick von Krisenprävention und nicht nur von Krisenbegrenzung. Damit hängt zusammen die andere Frage, die Sie angesprochen haben, nämlich dem Risiko in der Höhe des Zinses größeren Ausdruck zu geben. Kann das nicht auch sehr kontraproduktiv sein, wenn nämlich die Zinsen steigen, kann dies ja gerade die Kurzfristigkeit der Kapitalbewegung noch fördern und damit den spekulativen Charakter eigentlich unterstützen, mit anderen Worten die Krisenhaftigkeit gerade

verstärken und nicht abmindern. Können nicht also bestimmte Standards, wenn man sie so in dieser Wirkung sieht, können die nicht durchaus eine Arznei sein, die den Patienten noch viel kranker macht als er sowieso schon ist?

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Skarpelis-Sperk.

Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Daran anschließend, es ist ja vernünftig darüber zu reden, dass man versucht, Länder auch über incentives und disincentives in ein bestimmtes Verhalten hineinzubringen, wenn ich das mal so sagen kann. Das ist sicherlich vernünftig und man wird sich nur überlegen müssen, ob das disincentive in der Tat der so starke Knüppel sein kann, dass dann die Fortentwicklung nicht mehr da ist. Aber bei der Frage der Privaten, gestatten Sie mir Herr Stark, wenn ich darauf noch einmal eingehe, da hat mir natürlich die Antwort auf das bailing out nicht so ganz gefallen. Ich verstehe, dass die Bundesbank und die Bundesregierung in dieser Weise eine Position haben, die ich voll und ganz teile, auch dass sie dafür arbeiten. Die Frage ist, wenn andere nicht mitspielen, wäre es nicht auch ein mögliches incentive oder disincentive, dass man sagt, private Institutionen, die sich einmal, dann bekommen sie einen Hinweis, ein zweites mal nicht an diese Regeln halten, und dafür gibt es ja mittlerweile, wie ich gehört habe, ein Reihe von relativ präzisen soft laws. Denen wird mitgeteilt, dass sie z.B. im Bereich öffentliche Aufträge, ich meine da gibt es ja nun im Finanzsektor eine Reihe im Rahmen des öffentlichen Schuldenmanagements, leider in bestimmten Konsortien nicht mehr als hinreichend solide angesehen werden. Das wäre ja eine relativ einfache Regelung, die auch nicht einklagbar ist, sondern wenn dabei einige wichtige große Nationen zusammenspielen und sagen, tut mir leid, ihr seid keine netten Jungs, also dürft ihr da auch nicht mitspielen, das wäre ja eine Möglichkeit. Die zweite Frage an Herrn Giovanoli, dem ich wirklich zu seinem Vortrag herzlich gratulieren möchte. Ich habe selten einen so heiteren Überblicksvortrag über ein so schwieriges Thema gesehen. Ich werde das Wort „internationale Finanzarchitektur“ künftig vermeiden und dieses wunderschöne Wort vom rechtlichen Existenzialismus auf diesem Gebiet weiterverwenden. Aber Herr Giovanoli, Sie haben gesagt, soft law sei non law. Ist das eigentlich wirklich auf diesem Gebiet wahr? Ich habe mal ein Vorstandsmitglied einer sehr bedeutenden öffentlichen deutschen Bank gefragt, wo denn ihre Grenzen seien, was die Ausleihmöglichkeiten und so angehe. Da sagt er völlig klar, das sind die Eigenkapitalre-

geln des Basler Akkords. Das war damals noch nicht Nummer 2, also das war noch vorher. Dann sage ich: „Wieso denn, ihr habt eine öffentliche Gewährträgerhaftung.“ und dann sagt er: „Nein, nein, das ist wie beim Krawattenzwang, also wenn man in ein vornehmes Lokal gehen will, das muss man einhalten und da müsse man schon Karajan heißen, sprich USA sein, um dagegen verstoßen zu dürfen.“ Das heißt also, diese soft laws können möglicherweise sehr viel schlimmer sein als die hard laws, weil sie nicht änderbar oder jedenfalls nicht so schnell änderbar durch die Politik sind, auch im Falle von Krisen und möglicherweise sehr viel härter greifen und zweitens sie natürlich auch erhebliche Widerstände auslösen. Ich sage Ihnen ganz offen, etwa jetzt im Basler Akkord, die Frage der Rating-Agenturen, der Eigenkapitalunterlegung, das sind Fragen, wo wir Politiker anschließend sagen, ach das ist ja schön, dass wir das jetzt mal mitbekommen. Und es ist gut, dass wir über ein soft law, von dem Sie sagen, es sei ein non law, jetzt im Parlament ausgiebig diskutieren, um zu verhindern, dass die kleinen und mittleren Unternehmen mit Risikozuschlägen im Rating versehen werden und bei den Zinsen, die möglicherweise Kreditzugänge unmöglich machen oder sie massiv verteuern. Deswegen darf ich es Ihnen jetzt, wenn Sie es mir gestatten, als Kommentar sagen: Ich habe meine Zweifel, ob Ihre soft laws non laws sind oder ob sie nicht vielleicht sogar etwas schlimmer sind. Die Frage ist ja immer wie in einem schönen amerikanischen Klub: Wieso, wir diskriminieren keine Schwarzen, steht nicht in den Klubregeln drin, wir tun es nur. Deswegen habe ich da meine Zweifel.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Paqué und dann Herr Huffschmid.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ich habe zwei Punkte bezüglich des Referates von Herrn Dr. Stark. Das erste ist eine kleine Nachfrage. Sie sprachen sich ja für eine relativ strikte Trennung Weltbank / IWF aus, was die Aufgabenbereiche betrifft. Was würden Sie dann mit der Armutsfazilität des IWF machen, müsste die nicht konsequenterweise dann auch bei der Weltbank angesiedelt werden? Der zweite Punkt ist eher ein Kommentar, was die Umschuldungsklauseln und die Wirkung auf die Kreditkosten betrifft. Mir kommt diese Diskussion ein wenig vor wie das Sprichwort „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Es wäre in der Tat natürliche geradezu Beleg für die Wirkungslosigkeit einer Maßnahme, wenn hier die Kreditkosten sich nicht erhöhen würden. Es geht ja um die Internalisierung von

externen Kosten, die vom privaten Sektor durch die bail-outs auf den öffentlichen abgewälzt werden. Das gilt es zu vermeiden, und das muss nach aller ökonomischen Logik höhere Kreditkosten verursachen, und das soll es auch. Also insofern kann man da eigentlich nur mit Nachdruck dafür plädieren (wenn man zum Ergebnis kommt, das ist konzeptionell richtig, und ich komme zu diesem Ergebnis aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht), dass man das verfolgen sollte. Dass, wie Herr Koch-Weser sagte, die Bundesregierung da politisch noch relativ alleine steht, ist natürlich ein bisschen bedauerlich. Aber das sollte sie nicht entmutigen, denn in der Wissenschaft gibt es ja doch inzwischen beträchtliche Unterstützungen zumindest für die Richtung dieser Linie.

Noch ein kleiner, vielleicht etwas philosophischer Punkt, der das Referat von Herrn Giovanoli betrifft, wobei ich auch sagen muss, das war eine außerordentlich wirklich inspirierende und humorvolle Darstellung eines komplexen Themas. Aber ich knüpfe tatsächlich auch den Punkt an, der vorher schon angesprochen wurde, die Frage des soft law. Soft law ist doch wahrscheinlich nicht irrelevant, und die Frage ist, wann und in welchem Umfeld entsteht soft law? Sie haben es sehr treffend gesagt, es entsteht immer dann, wenn Kompetenz und Komplexität da sind. Ich würde vielleicht noch eins hinzufügen. Es entsteht dann, wenn ein sehr schnelles Wachstum in einem Bereich vorliegt. Also wir haben es ja auch beim Internet erlebt. Da wächst ein wirtschaftlicher Bereich aus dem Regulierungsrahmen heraus. Das geht einfach alles wirtschaftlich so schnell, dass keiner nachkommt, selbst der doch so schnelle Gesetzgeber nicht. Insofern haben wir dann eine Situation, die wir - wenn wir das im Nachhinein sehen - immer bedauern. Aber die Frage ist natürlich wirklich, ob man in solchen Situationen allzu schnell irgendwelche starken Restriktionen gesetzlicher Art einzieht oder ob man nicht klüger ist, wenn man, weil eben viel Sachkompetenz in den ad hoc geschaffenen Regelungen der Profession auch steckt, wenn man sich das nicht am besten eine ganze Weile ansieht und dann, wenn der Prozess des Wachstums etwas langsamer wird, überlegt, ob man gewisse Regulierungen oder eingefahrene Praktiken, eben das soft law, ein wenig institutionalisiert und etwas härter macht. Also ich würde da der Sichtweise zuneigen, und die ist im direkten Konflikt zu dem was Frau Lötzer sagte, dass man vielleicht am besten eine solche Situation abwartet, auch wenn sie nicht so furchtbar demokratisch ist, und dann irgendwann zu dem Punkt kommt, wo man sagt: Also jetzt greifen wir schärfer regulierend ein. Im Übrigen muss man sagen, es hat Finanzkrisen gegeben, aber wenn man

sich die Expansionsraten ansieht, die die Finanzmärkte in den letzten Jahren in einem sozusagen noch unsicheren Regulierungsrahmen hatten, muss man sagen, es hat ja vergleichsweise noch gut funktioniert.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Huffschmid, Herrn Baumann und Herrn Gries und muss sagen, um Viertel nach müssen wir wirklich Schluss machen. Herr Giovanoli muss seinen Flug erreichen und hier ist auch langsam die Erschöpfungsgrenze erreicht. Herr Huffschmid bitte.

Sachverständiges Mitglied, Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Je eine Bemerkung zu den beiden Vorträgen. Herr Stark, die verblüffendste Aussage, die ich am heutigen Tage gehört habe, war Ihr fast letzter oder vorletzter Satz, dass der IWF kein politisches Mandat hat. Also da bin ich jetzt wirklich völlig platt. Ich dachte, der IWF ist immerhin eine völkerrechtlich basierte Organisation, und im Artikel 1 des Statuts des IWF steht ein politisches Mandat drin, nämlich der IWF hat für die Stabilität der Währungsbeziehungen zu sorgen mit dem Zwecke, Produktion und Beschäftigung zu fördern. Wie kann man besser ein politisches Mandat formulieren als durch den Artikel 1 des Statuts des IWF. Das verblüfft mich wirklich. Aber wir reden wahrscheinlich von verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „politisches Mandat“. Herr Giovanoli, ich verstehe das mit dem soft law und dem hard law oder non law so, dass da z.T. auch vielleicht ein Missverständnis zugrunde liegt. Wenn ich richtig informiert bin, sind die Eigenkapitalrichtlinien nicht mehr soft law, sondern hard law, zumindest in der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Die sind nämlich in Gesetzesform überführt worden und das ist ja der Punkt. Der Basler Ausschuss hat bestimmte Empfehlungen gegeben (soft law), und dann haben einige Länder gesagt, das leuchtet uns ein und das machen wir jetzt zu hard law. Insofern sind die Eigenkapitalrichtlinien hard law. Meine Frage geht jetzt dahin, wie schätzen Sie es ein, dass man bestimmte, vom FSF vorgegebene oder angeregte Behandlungsweisen der Hedge-Fonds oder der Offshore-Zentren, die ja z.T. sehr weit gingen, hart macht? Der FSF hat ja z.B. gesagt, wir sollten vielleicht unseren eigenen Institutionen verbieten, mit denen Geschäfte zu machen. Halten Sie es für möglich, dass die EU via Richtlinie so etwas auf dem Weg bringt und es dann hart macht, um als Pionier zu gucken, ob dann andere nachkommen oder halten Sie das für außerhalb des Möglichen? Sie haben ja ge-

sagt, Sie halten es nicht für möglich, eine World Financial Authority in absehbarer Zeit zu gründen. Da stimme ich Ihnen zu, aber wäre nicht das ein Weg?

Sachverständiges Mitglied, Dr. Michael Baumann: Also klare Regelungen sind ja für Schwache (ob das nun kleine Unternehmen sind oder sozialschwache Menschen) viel hilfreicher als so genanntes soft law, die helfen ja eher den Starken. Bretton Woods war ja eine Zeit mit hartem Recht. Das ist aufgegeben worden. Jetzt möchte ich mal von Ihnen wissen, Herr Giovanoli, ist Ihr Eindruck so in der mittleren Sicht, dass wir in eine Zeit von härterem Recht wieder kommen und in der sehr weiten Sicht, ist das eine Tendenz, dass man von weichem Recht zu hartem Recht kommt oder kann das sehr wohl auch so bestehen bleiben, wenn man das in der sehr langen historischen Sicht sieht?

Sachverständiges Mitglied, Dr. Werner Gries: Ganz kurz noch an Herrn Stark. Sie hatten das Problem moral hazard angesprochen. Vor zwei Jahren hat die amerikanische Zentralbank mit anderen Banken zusammen einem New Yorker Hedge-Fonds geholfen, auf die Art und Weise haben einige sehr reiche Leute ihr Geld behalten und da wurden die Gewinne praktisch privatisiert und Verluste wurden sozialisiert. Können Sie sich vorstellen, dass die Bundesbank etwas ähnliches macht? Würde sie ein Bankengremium arrangieren, das einem Hedge-Fonds hilft?

Sachverständiger Prof. Dr. Mario Giovanoli: Es hat zunächst verschiedene Fragen gegeben über den Begriff des soft law, und ich will vielleicht die Antwort zusammenfassen. Ich habe in einer Nebenbemerkung, die 30 Sekunden gedauert hat, nicht einmal gesagt, soft law sei non law. In diesem Artikel, der den Sachverständigen übermittelt wurde, sind zehn Seiten Diskussion über die Rolle des soft law und des hard law und wie die zusammenspielen. Jetzt A: Richtig ist, die internationalen Empfehlungen sind Empfehlungen, also rechtlich nicht verbindlich. Richtig ist, sie werden vom nationalen oder vom europäischen Gesetzgeber in nationales Recht umgewandelt. Beim europäischen Gesetzgeber via Richtlinien, die den Ländern den Weg zur Umsetzung freihalten, aber das Ziel nennen. Das ist eine sehr gute Technik, weil es den verschiedenen Mitgliedsländern eine gewisse Autonomie gibt. Soft law spielt im Landesrecht, im nationalen Recht eine große Rolle, und zwar ist es sehr oft so, gerade im Finanzrecht wurde es in vielen Ländern durchexerziert und sehr weit-

gehend praktiziert. Ich komme aus der Schweiz und da wurde es seit 1930 im großen Rahmen praktiziert. Und zwar erreicht man manchmal durch Zureden im Rahmen einer nationalen Rechtsordnung und indem man auch mit sachverständigen Leuten und Marktteilnehmern spricht, was das Optimale ist, eine Einigung über Verhaltensregeln in einem gewissen Zeitpunkt. Und das ist sehr oft besser, als wenn die Administration, die nicht immer den genügenden fachlichen Sachverstand aufweist, einfach reinfährt. Es ist natürlich im nationalen Rahmen schon so, wenn die Resultate nicht kommen, kann der Gesetzgeber immer noch die Gesetze erlassen. Das ist also sehr oft ein Ersatz für Gesetzgebung; auf einvernehmlichem Recht - auch als Gentlemen's Agreement bekannt, manchmal mit Konventionalstrafen - erreicht man ein Resultat relativ schmerzlos und fachgerecht. International klappt es weniger gut, insofern als es ja keinen internationalen Gesetzgeber gibt, der dafür einspringen kann, wenn das Wohlverhalten nicht gewährleistet ist. Also ist die Situation etwas anders. Jetzt ist soft law auch in der Rechtsentwicklung sehr wichtig. Es ist sehr oft eine Vorstufe, die das Recht im Werden darstellt. Es ist an sich ein komplexes Gebilde, und ich müsste etwa zwei Stunden beanspruchen, um Ihnen die Elemente des soft law zu erläutern. Aber ich sehe, dass Sie das nicht gerne haben möchten, aber ich empfehle die Lektüre von dem, nicht so sehr, weil ich ein Spezialist des soft law als solches wäre - ich habe mich im Zusammenhang mit diesem Thema damit beschäftigt - aber weil ich sehr viele Recherchen gemacht habe und Sie tolle Fundstellen finden. Da können Sie, wenn Weiterbildungsbedarf besteht, gerne das nachholen. Das heißt also, dass man in einem komplexen Spannungsverhältnis ist zwischen gesetzlichen Regeln, die manchmal gewisse Regeln vorzeitig kristallisieren, und den Regeln im Werden, die den Anwendern, den Bedürfnissen des Marktes und auch der Marktüberwachung entsprechen. Ich weiß nicht, ob ich da alle Fragen zum soft law wenigstens berührt habe. Jetzt noch zu der Frage: Rolle von Offshore-Zentren und Hedge Fonds und das Problem der Legitimation, Sachverstand versus Demokratie. Vielleicht möchte ich zunächst auf das erste eingehen. Sachverstand ist sicher kein Ersatz für Demokratie. Andererseits ist Demokratie auch kein Ersatz für Sachverstand. Das ist das Problem, es ist nun einmal so. Es gibt Leute, die viel wissen und die sind nicht legitimiert und andere Leute, die sind legitimiert und haben nicht immer die Sachkenntnis. Das ist ja ein menschliches Problem, und das gibt es überall, das ist nicht etwa gegen jemanden gezielt eingesetzt. Das Problem ist, wie vereint man diese Sachen? Es ist natürlich schon so, dass die Fachexperten das ausarbeiten

müssen. Die nationalen Verwaltungen, es ist eigentlich internationale verwaltungsrechtliche Zusammenarbeit, arbeiten das auf verwaltungsrechtlicher Ebene untereinander aus und erarbeiten einen Konsens, den die Fachleute gut finden. Der ist aber nicht immer gut, um nur ein Beispiel zu nennen, das sehr bedenklich war. Im alten Basler-Kapital-Akkord gibt es eine Unterscheidung zwischen OCDE-Ländern und Nicht-OCDE-Ländern. Ist diese grobe Unterscheidung für die Kreditvergabe zu berücksichtigen, ist sie gut? Sie soll ja nicht mehr in dieser Form weitergeführt werden und hat auch politische Probleme aufgeworfen und wurde deshalb dann mit der Zeit verworfen. Aber ich glaube, es gibt ein Zusammenspiel, das man im politischen Leben an anderen Orten auch sieht. Die EU setzt die Richtlinien um, die im Gegensatz zu den internationalen Empfehlungen dann verbindlich sind und an den Gesetzgeber, nicht an jeden einzelnen Bürger gerichtet sind. Offshore-Zentren und Hedge-Fonds: Ich bin kein Spezialist weder der Offshore-Zentren noch der Hedge-Fonds, obwohl ich aus einem angeblichen Offshore-Zentrum stamme, das übrigens dagegen protestiert hat, dass es auf die Liste kam. Das Problem ist, dass diese Standards, die man von den Offshore-Zentren verlangt, die sollten auch von den Onshore-Zentren eingehalten werden, und in diesem Sinne ist es eigentlich nicht richtig, dass man da relativ willkürliche Grenze gezogen hat.

Vorsitzender: Herr Giovanoli, Herr Stark ist in der ähnlichen zeitlichen Lage wie Sie.

Sachverständiger Prof. Dr. Mario Giovanoli: Okay, nur eine Frage, wenn man Noten austeilt, stellt sich natürlich das Problem der Legitimation ganz besonders, weil man dann fragt, wer hat sie dazu berufen, Noten auszuteilen. Hedge Fonds, da ist das Problem das, dass man natürlich in einem Land nicht unbedingt verbieten kann was in einem anderen geschieht. Man kann nur den Zugang von einem Land ins andere gewissen Bedingungen unterstellen. Ob das wünschbar ist oder nicht ist, eine Bewertungsfrage. Vielen Dank.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Ihnen nun, Herr Dr. Stark, danke ich für Ihre Geduld und bitte ein paar Antworten.

Sachverständiger Dr. Jürgen Stark: Ich möchte beim letzten Punkt beginnen und noch eine kleine Erläuterung geben, warum die Schweiz zu den Offshore-Zentren

gezählt wird, nach den Ergebnissen der Diskussion, warum London und warum Delaware nicht. Das Finanzstabilitätsforum hat selbst keine Definition vorgenommen und keine Auswahl getroffen, sondern ist, muss ich sagen, sehr diplomatisch vorgegangen und hat sich auf eine andere Institution berufen und auf die Veröffentlichung eines Berichts der UNO. Die UNO hat vor einiger Zeit bereits selbst eine solche Klassifikation vorgenommen, welches Land, welche Insel oder welche Berge als Offshore-Zentren zu zählen sind und welche nicht, und darauf hat man sich berufen. Ob das weise war, möchte ich hier nicht weiter diskutieren.

Zu den konkreten Fragen, die an mich gerichtet worden sind - Stichwort Kapitalverkehrsliberalisierung: Ich möchte darauf hinweisen, ohne dass ich jetzt sage, wir haben schon immer Recht gehabt, aber von Seiten der Bundesbank ist immer vor einer zu raschen Liberalisierung des Kapitalverkehrs gewarnt worden. Das beste Beispiel in diesem Zusammenhang ist Russland, wo auch der Internationale Währungsfonds sehr stark Wert darauf gelegt hat, möglichst rasch die Kapitalmärkte und den Kapitalverkehr zu liberalisieren, wissend, dass die Institutionen vor Ort gar nicht vorhanden sind, es also nicht funktionieren konnte. Als Ergebnis dieser Erfahrung spricht man jetzt von einer schrittweisen Vorgehensweise, dass man zunächst Institutionen schafft, die effizient und glaubwürdig sind, und dann, wenn es um die Liberalisierung des Kapitalverkehrs geht, mit den längerfristigen Kapitalbewegungen anfängt und sich ganz langsam vorarbeitet auf den kurzfristigen Bereich. Ich halte das, was unter dem Stichwort Reregulierung auf nationaler Ebene gesagt worden ist, nicht für Erfolg versprechend. Ich halte auch angesichts des globalen Finanzverbundes, in dem wir sind, eine isolierte Vorgehensweise für falsch. Letztlich muss man auch sehen, auch wenn es eine gewisse Entkoppelung der Finanzströme von den Warenströmen gibt, dass es sehr schwierig sein würde, hier klare Entscheidungen zu treffen, ohne dass nun der freie Warenverkehr ebenfalls berührt wäre. Zur Notwendigkeit von Kapitalverkehrskontrollen: Wir haben einige Erfahrungen in den letzten Jahren gesammelt. Es gibt verschiedene Beispiele in diesem Zusammenhang, der Fall Chile, wo nicht der Kapitalabfluss kontrolliert wurde, also nicht die Investoren gefangen worden sind, indem einfach gesagt wird, ihr seid jetzt da und ihr könnt nicht mehr raus, sondern dass man die Kapitalzuflüsse kontrolliert hat und auch einer gewissen Regulierung unterworfen hat. Es gibt ein anderes Beispiel – Malaysia, wo die Gefahr gesehen worden ist. Dort man hat den Kapitalabfluss blockiert. Bisher hatte Malaysia daraus keine gravierenden Nachteile. Allerdings empfehle ich dieses Modell nicht unbedingt

zur Nachahmung, weil es dann doch schwierig sein dürfte, wenn dies breitere Anwendung findet, dass dann die Kreditgeber, die Gläubiger sehr vorsichtig sein werden, weil sie befürchten müssen, eingeschlossen zu werden, nicht wieder heraus zu können. Dann könnten die privaten Kapitalströme an diesen Ländern vorbeifließen. Sie haben auch den Zusammenhang angesprochen, die Verantwortung für finanzielle Stabilität. Nun diese Operation vom 22. September, was die Devisenmarktintervention angeht, möchte ich nicht unbedingt in diesen Kontext stellen, denn wenn wir über finanzielle Stabilität sprechen, sprechen wir über die Stabilität des Finanzsystems in einem bestimmten Raum national, supranational oder international. Die Gerüchte, auf die Sie Bezug genommen haben bezüglich der Citybank, ich kann dies nicht bestätigen, oder ich habe nicht gehört, dass dies sich bewahrheitet habe.

Kontrolle der institutionellen Anleger: Hier sind ja unter anderem auch die Hedge-Fonds betroffen. Ich möchte nur auf eines hinweisen. Wir sollten die verschiedenen Fonds nicht einseitig sehen, dass dahinter nur Spekulanten stehen, aber gleich dazu sagen, dass Spekulation auch ein Element in einem marktwirtschaftlichen System ist. Und lassen Sie mich das Verschwinden der Dinosaurier in diesem Bereich, das Verschwinden der großen Hedge-Fonds auch in einer gewissen Hinsicht damit in Verbindung bringen, dass wir vielleicht heute zu wenig von diesen Hedge-Fonds haben, insbesondere was die derzeitige Schwäche des Euro angeht. Ich will das jetzt nicht überstrapazieren, aber es gibt im Augenblick institutionelle Investoren, die in der derzeitigen Situation Gegenpositionen am Markt bilden. Die hat es in der Vergangenheit immer gegeben, und möglicherweise haben wir im Augenblick, ich sage mal in aller Vorsicht und Anführungsstrichen, vielleicht zu wenig Spekulationen, was den Euro angeht. Aber institutionelle Anleger sind im Grunde genommen im Augenblick indirekt zu kontrollieren, zu beaufsichtigen, indem die Kapitalgeber für diese Fonds, für diese institutionellen Anleger kontrolliert werden. Wir haben ja auch im Finanzstabilitätsforum klargestellt, wenn dieser indirekte Ansatz, insbesondere im Zusammenhang mit Hedge-Fonds, nicht funktioniert, müssen wir uns für den direkten Ansatz, die direkte Kontrolle, die sehr problematisch ist, etwas überlegen. Rating-Agenturen, dies ist ein angloamerikanisches System, das im Grunde genommen auf Kontinentaleuropa übertragen worden ist, und ich stimme zu, dass in Krisen letztlich die Rating-Agenturen krisenverschärfend wirken können. Dies war in den asiatischen Krisenländern der Fall, als Korea plötzlich weiter heruntergestuft worden ist. Letztlich ist es so, dass die Rating-Agenturen auch nicht mehr wissen als „die Märkte“. Sie sind

Teil der Märkte und gelegentlich oder überwiegend folgen die Rating-Agenturen dem Marktverhalten. Zur Krisenprävention, was Prof. Altvater gesagt hat. Ich bin hier ganz und gar nicht anderer Meinung als Caio Koch-Weser. Die nächste Krise wird kommen. Das kommt nun mal davon, dass Risiken übernommen werden, Risiken eingegangen werden von Seiten bestimmter Länder, auch von Gläubigern, von Schuldner, und man kann diese Risiken nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit berechnen oder kalkulieren. Es kann anders kommen und deshalb werden Risiken auch in Zukunft passieren. Deshalb muss unser Augenmerk auf die Krisenprävention, das ist meine Schlussfolgerung daraus, gelegt werden. Hier gibt es gar keinen Widerspruch gegenüber dem was Koch-Weser gesagt hat. Krisenverschärfende Wirkung der Collective Action Clauses: Ich glaube nicht, sondern ich glaube eher, dass man natürlich eine gewisse Zeit des Übergangs, des Gewöhnens an diese neue Situation brauchen wird, aber dass man nach einer Übergangszeit durchaus davon ausgehen kann, dass das eher Krisen verhindert. Wie war es denn im Falle nach Mexiko: Durch den bail-out 1995 sind die spreads im Euro-Bond-Markt deutlich gegenüber den emerging market countries zurückgegangen in der Erwartung, dass im Falle einer Krise der IWF mit Weltbank, mit den G7-Ländern schon einspringen wird und die Gläubiger letztlich herauspauken wird. Im Grunde genommen hat das Herauspauken von „Wallstreet“ im Falle Mexikos letztlich die anderen Krisen mit befördert und befördert, dass die Risiken nicht abgebildet waren in den Zinsunterschieden gegenüber den emerging market countries.

Vorsitzender: Darf ich eine Sekunde unterbrechen, damit Herr Prof. Giovanoli nicht ohne unseren Applaus den Raum verlassen kann.

Sachverständiger Dr. Jürgen Stark: Wenn wir Regeln haben, die den Privatsektor im Falle einer Krisenlösung einbinden, und es darf nicht nur die Krisenlösung sein, sondern im Grunde genommen müssen Beziehungen zwischen den Schuldnerländern und den Gläubigerinstitutionen aufgebaut werden, aber auch zwischen den Gläubigerländern und den Gläubigerinstitutionen. Wir haben dies, wir haben ein Forum, Bundesfinanzministerium, Bundesbank mit wichtigen deutschen Banken, wo wir uns gegenseitig informieren, Informationen austauschen und letztlich (in drei Fällen haben wir das getan) wo wir dann auch ein Forum haben, in dem wir zumindest deutsche Banken doch in die Pflicht nehmen, dass man nicht nur Vorteile haben

kann von einem Engagement in dem Land X, sondern wenn es dann kritisch wird, dass man dann auch im Markt bleibt, wenn dies andere auch tun. Wir haben hier auf unserer Seite keine Probleme. Wenn wir gemeinsame Regeln haben, müssen sich auch alle an diese Regeln halten. Nur ich halte jetzt nichts davon, weitere Sanktionsmodalitäten zu entwickeln. Die Regeln müssen klar sein; der Privatsektor muss wissen, dass er nicht in jedem Fall mit öffentlicher Unterstützung rechnen kann. Aufgabentrennung IWF/Weltbank, was Herr Paqué gefragt hat, was dann mit der Armutsfazilität wird, soll sie nicht eher zur Weltbank. Es gibt eine internationale Diskussion darüber, diesen Schritt konsequenterweise zu tun. Ich als Ökonom und als Person würde sagen, das wäre der richtige Schritt. Ich verkenne natürlich nicht die politische Situation, dass die Armutssenkungs- und Wachstumsfazilität erst vor einem Jahr geschaffen worden ist, und es macht keinen Sinn, jetzt einen Schritt zurück zu tun, aber konsequent wäre es. Nur diese poverty reduction and growth facility wurde noch zu einem Zeitpunkt geschaffen, als man nicht über die klare Trennung der Mandate gesprochen hat. Das ist insoweit ein Relikt der Vergangenheit. Es gibt allerdings auch einen ökonomischen Punkt. Es ist der einzige Weg, den der Internationale Währungsfonds hat, wenn es gewünscht wird, mit Beratung in diese ärmsten Länder hineinzugehen. Zu den Umschuldungsklauseln glaube ich, brauche ich nichts weiter sagen.

Vielleicht doch ein Missverständnis, Herr Huffs Schmid: Politisches Mandat des IWF. Ich meinte mit dem politischen Mandat, was jetzt in den letzten Jahrzehnten sich alles entwickelt hat, worauf der IWF achten soll bei der Kreditvergabe. Es gibt Dutzende von Konditionen, Dutzende von Bedingungen, und das halte ich einfach nicht für gerechtfertigt. Der IWF ist eine monetäre Institution, der IWF hat über die Herstellung, über die Sicherung monetärer Stabilität letztlich einen indirekten Beitrag zu leisten. Das ist das, was in Artikel 1 des Status steht, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, aber jetzt alle anderen politisch wichtigen Elemente mit aufzuzählen und sie in Bedingungen hineinzuformulieren, die politisch wichtig sind, aber wofür der IWF im Grunde genommen nicht das Mandat hat, halte ich für schwierig. Letzte Frage von Herrn Dr. Gries: LTCM, Hedge-Fonds in den Vereinigten Staaten. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Fed nur als Moderator zur Verfügung gestanden hat. Es ist kein öffentliches Geld zur Sanierung dieses Hedge-Fonds geflossen, und dieser Hedge-Fonds existiert heute nicht mehr. Es hat also kein Geld des amerikanischen Steuerzahler gekostet. Nur im deutschen Falle: 1. Wir haben keine Hedge-Fonds. 2.

Wenn eine deutsche Bank in Schieflage geraten würde, müsste nicht in jedem Falle hier geholfen werden, sondern es ginge dann schon darum, ob ein Systemrisiko besteht, ob das gesamte Bankensystem hier in Schieflage gerät. Dann wäre ein Eingriff notwendig. Aber wir haben hier eine Regelung in der Bundesrepublik zwischen der Bundesbank und dem Bankenbereich. Wir haben bereits vor vielen vielen Jahren eine Liquiditätskonsortialbank geschaffen - Liko-Bank in Kurzform. Zu 50 Prozent ist die Bundesbank shareholder, zu 50 Prozent ist es der deutsche Bankensektor, so dass es nicht allein öffentliches Geld ist, was in diesem Fall eingesetzt wird, sondern auch die Geschäftsbanken werden hier voll mit beteiligt. Vielen Dank.

Vorsitzender: Eine faszinierende Fülle von Antworten auf eine reichhaltige Frageunde. Das hat es mir ermöglicht, meine Fragen völlig zurückzuhalten und trotzdem befriedigt zu sein. Ganz herzlichen Dank Ihnen als letzten der Befragten. Ich bedanke mich herzlich bei allen, die an dieser Anhörung teilgenommen haben und schließe die Anhörung. Ich bin aber ausdrücklich noch gebeten worden darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsgruppen „Globale Finanzmärkte“ und „Güter- und Dienstleistungsmärkte“ sich jetzt noch, wenn ich es recht verstehe, zu einer gemeinsamen Terminabsprache treffen, so dass die Sitzungen terminlich organisiert werden können. Dann schließe ich hiermit die Sitzung. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
(Vorsitzender)